
HM
24
.B45x
1920
AUX
STOR
1

Soziologie als Lehrfach

Ein kritischer Beitrag zur Hochschulreform

Von

D. Dr. Georg v. Below
Professor der Geschichte an der Universität
Freiburg i. B.

Um ein Vorwort vermehrter Sonderabdruck aus Schmollers Jahrbuch, 43. Jahrgang 4. Heft (1919)



München und Leipzig
Verlag von Duncker & Humblot
1920

Soziologie als Lehrfach

Ein kritischer Beitrag zur Hochschulreform

Von

D. Dr. Dr. Georg v. Below

Professor der Geschichte an der Universität Freiburg i. B.

Um ein Vorwort vermehrter Sonderdruck aus Schmollers Jahrbuch
43. Jahrgang, 4. Heft (1919)



München und Leipzig
Verlag von Duncker & Humblot
1920

Altenburg
Piererſche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.

Vorwort

Die folgenden Blätter setzen sich mit der Schrift des Unterstaatssekretärs im preußischen Kultusministerium K. H. Becker „Gedanken zur Hochschulreform" auseinander. Im Vordergrund steht für sie die Frage der soziologischen Professuren, die Becker nach dem Vorgang der Minister Ad. Hoffmann und Hänisch fordert und als ausgezeichnetes Mittel für die Gesundung der deutschen Universitäten empfiehlt. Um seine Forderung zu begründen und zu verteidigen, schildert er die Einrichtungen und den Unterrichtsbetrieb unserer Universitäten als sehr unerfreulich und im höchsten Maße verbesserungsbedürftig. Da er auf diese Weise die Verteidigung seiner soziologischen Professuren mit dem Urteil über die allgemeinen Verhältnisse der Universitäten in Zusammenhang bringt, so sah auch ich mich genötigt, auf diese einzugehen. Ich habe nachgewiesen, daß seine ungünstige Schilderung der deutschen Universitäten durchaus der Begründung entbehrt, und so ihm eine Hauptstütze der Verteidigung der soziologischen Professuren entzogen. Aber die Zurückweisung der unhaltbaren Behauptungen Beckers ist nicht bloß um dieser einen Frage willen dringend geboten. Wir machen heute (wie ich das auch in meiner Schrift schon angedeutet habe) beständig die Beobachtung, daß Beckersche Behauptungen in der sogenannten Universitätsreformbewegung, besonders in dem Kampf der Nichtordinarien gegen die vorhandenen Fakultäten, in einer Weise verwendet werden, als ob sie sich auf unanfechtbare Tatsachen stützten. Demgegenüber sehen wir uns in die peinliche Notwendigkeit versetzt festzustellen, daß sie der Hauptsache nach aus der Luft gegriffen sind. Durch einen während des Drucks meiner Schrift erschienenen ebenso gründlichen wie fein beobachtenden Aufsatz „Ketzereien zur Hochschulreform", von einem Ungenannten, in den „Grenzboten" Nr. 36, wird meine Kritik der Schrift Beckers noch ergänzt und vervollständigt (vgl. auch die kritischen Bemerkungen auf S. 209 zu dem Erlaß des Ministers Hänisch). Wenn der Aufsatz sich gegen die Forderung der Aufhebung des Extraordinats ausspricht, so ist ihm

1*

darin durchaus beizustimmen. Diese Forderung ist geradezu eine Ungeheuerlichkeit. Eine Bestätigung meiner Darlegungen bringt jener Aufsatz auch insofern, als der Verfasser offenbar selbst Privatdozent ist und sein Aufsatz damit meine Bemerkung bekräftigt, daß sich unter den Nichtordinarien freie Köpfe befinden, die die heutige Nichtordinarienbewegung mit Ironie betrachten. Ich notiere auch noch eine Antwort von „dem Vorsitzenden einer Nichtordinarienvereinigung" in den „Grenzboten" (S. 134 ff.) auf jenen Aufsatz; er trägt nicht Bedenken, „ihn als äußerst wertvoll zu begrüßen".

Indessen wenn ich auch verhältnismäßig ausführlich auf die allgemeinen Verhältnisse der Universitäten eingegangen bin, so war dies, wie bemerkt, nicht mein Hauptzweck. Dieser gilt der Klärung der Streitfrage der soziologischen Professuren. Während des Drucks meiner Schrift kam mir die Äußerung eines anderen Unterstaatssekretärs aus dem preußischen Kultusministerium zu Gesicht, die meine Beweisführung stützt. E. Tröltsch unterscheidet im „Weltwirtschaftlichen Archiv" Bd. 8, S. 259 f. zwei Programme über die Gestaltung der soziologischen Disziplin: das eine stellt die Soziologie als „eine Einzelwissenschaft allgemeinbegrifflicher Haltung auf, die Formen und Bedingungen der Gesellschaft vergleichend zu schematisieren sucht und dadurch zu einer wichtigen Hilfswissenschaft für die Geschichte und die Kulturphilosophie wird"; das andere als „die Generalwissenschaft, ... eine Zusammenfassung von Geschichte, Geschichtsphilosophie, Kulturphilosophie und Ethik in einer neuen allumfassenden und die wissenschaftliche Generalmethode befolgenden Wissenschaft". „Will man sich" — fährt Tröltsch fort — „die Unterschiede an Namen verdeutlichen, so darf man ... für die eine Seite etwa Tönnies, Simmel, Vierkandt, für die zweite Auguste Comte und Herbert Spencer samt ihren unzähligen Nachfolgern nennen. Von beiden Möglichkeiten scheint mir nun die erste berechtigt und die zweite die Quelle aller Irrtümer und Verworrenheiten." Diese zweite, „die Quelle aller Irrtümer und Verworrenheiten", ist eben die, um die sich Unterstaatssekretär Becker mit so außerordentlichem Eifer bemüht. Auch er wünscht die Soziologie als „Generalwissenschaft"; nur mit dem Unterschied, daß er noch viel mehr in sie hineinpacken will und ihren Begriff noch viel verschwommener bestimmt, als Tröltsch es hier von den Vertretern der zweiten Auffassung andeutet. Ich füge noch eine Äußerung des von Tröltsch genannten Ethnographen Vierkandt (Zeitschrift für Politik, Jahrg. 1919, S. 563) bei: „Man unterscheidet . . . zwei Hauptrichtungen

in der Soziologie, von denen die eine . . . philosophisch-enzyklopädischen Charakter, die andere wissenschaftlich-analysierenden Charakter hat." Indem Vierkandt dann von einem Autor spricht, der zur ersten Richtung gehört, macht er die Bemerkung: „es läßt sich aber gerade an der Hand seiner Untersuchungen zeigen, daß diejenigen Ziele, denen er nachgeht, sich mit besserer Aussicht auf Erfolg durch die zweite Richtung verfolgen lassen. . . . Das Produktive dieser Richtung aber beruht besonders darauf, daß die Analyse neue konkrete Fragestellungen und damit einzelwissenschaftliche Forschungen ermöglicht."

Die Äußerungen von Tröltsch und Vierkandt verzeichne ich als Beleg für die Richtigkeit der Auffassung, die ich auf den folgenden Blättern vertreten habe. Es wird hier bestätigt, daß die ernsten Vertreter einer Wissenschaft der Soziologie sie als Sonderwissenschaft und zwar von analysierendem Charakter auffassen, während Becker die Soziologie feiert, weil sie „nur aus Synthese besteht", und die Vertreter einer soziologischen „Generalwissenschaft" noch sehr beträchtlich übertrumpft. Seine Absicht ist es, durch Schaffung von Professuren einer solchen „Generalwissenschaft" ein gewaltiges Maß von Synthese den Universitäten zuzuführen, während Tröltsch in ihr „die Quelle aller Irrtümer und Verworrenheiten" sieht und Vierkandt erklärt, daß die wissenschaftlichen Ziele, die sich die Vertreter der „Generalwissenschaft" etwa stellen könnten, sich mit besserer Aussicht auf Erfolg durch die andere Richtung verfolgen lassen; wobei ich noch anmerke, daß Tröltsch (S. 261) nicht unterläßt hervorzuheben, wie sich unter den Vertretern der soziologischen Generalwissenschaft „auch die törichtsten und oberflächlichsten Autoren" finden. Es wird sich also so verhalten, daß der von Becker empfohlene Weg — um das von mir erwähnte Wort eines Philologen zu wiederholen — „den Sprung in den Dilettantismus" bedeutet.

Ich gehe freilich noch weiter als Trölsch und Vierkandt und lehne auch die Konstruktion der Soziologie als Sonderwissenschaft ab. Alle Vertreter der Geistes- oder Kulturwissenschaften treiben ja Soziologie, und Tröltsch und Vierkandt, die soziologischen Problemen mit Erfolg nachgehen, erreichen diese Erfolge eben als Vertreter vorhandener wissenschaftlicher Disziplinen, der Theologie bzw. Philosophie und der Ethnographie. Ich habe in einer Skizze des Ganges der hier in Betracht kommenden wissenschaftlichen Bewegung geschildert, wie im Rahmen der vorhandenen Disziplinen die soziologischen Probleme am besten gefördert worden sind und wie sich

dieser Weg auch weiter empfehlen wird. Im übrigen ist der Gegensatz zwischen Tröltsch und Vierkandt einerseits und mir anderseits nicht so groß, daß ich Veranlassung hätte, mich hier weiter dazu zu äußern. Die Hauptsache ist, daß der Dilettantismus und das wissenschaftliche Strebertum von den Universitäten ferngehalten werden. Nur dadurch kann auch wahre Synthese gefördert werden.

Freiburg i. B., den 15. November 1919.

G. v. Below

Inhaltsverzeichnis



Die Revolution hat einer Menge von Wörtern, die früher nicht unbekannt waren, aber seltener gebraucht wurden, mit einem Male einen sehr starken Gebrauch verschafft. Dazu gehört auch das Wort Soziologie. In der wissenschaftlichen und noch mehr in einer gewissen pseudowissenschaftlichen Literatur konnte man wohl eingehende Erörterungen über die Wissenschaft der Soziologie finden. Darüber hinaus aber wurde kaum über sie gesprochen. Anders wurde es mit der Revolution. Eine der ersten Taten des sozialdemokratischen Abg. Ad. Hoffmann, den die Revolution zum preußischen Kultusminister beförderte, war die Erklärung, es müßten an den Universitäten Professuren für Soziologie geschaffen, Professoren der Soziologie angestellt werden. Man wird ihm nicht unrecht tun, wenn man annimmt, daß er mit dem Wort keine klare Vorstellung verband. Es gefiel ihm wohl, weil es an „sozial" und „sozialistisch" anklingt. Daß ihn bei seinen Forderungen wesentlich politische Motive leiteten, darf man daraus schließen, daß er gleichzeitig die Beförderung von Personen sozialistischen Bekenntnisses zu Professoren verlangte. Indem er die Schaffung von Professuren für Soziologie dekretierte, entschied er mit einem Federstrich eine Streitfrage, die die Wissenschaft noch keineswegs entschieden hatte, die Frage nämlich, ob Soziologie als eine besondere Wissenschaft anerkannt werden dürfe, die eine besondere Vertretung an den Universitäten haben müsse. Zugleich verschaffte er damit dem Wort Soziologie eine weitere Verbreitung, als es sie früher gehabt hatte.

Der Nachfolger von Ad. Hoffmann, Hänisch, hat die Forderung von soziologischen Universitätsprofessuren aufrecht gehalten. Und der frühere Referent für die Universitäten im preußischen Kultus-

ministerium, der jetzige Unterstaatssekretär K. H. Becker, hat einen Kommentar zu den Gedanken der Minister zunächst in Aufsätzen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, dann, diese zusammenfassend, in einem Buch „Gedanken zur Hochschulreform“ (Leipzig, Verlag von Quelle & Meyer) veröffentlicht, in dem im Zusammenhang mit beweglichen Klagen über den betrübenden Stand des deutschen Universitätsunterrichts die soziologische Professur als Mittel für die Besserung dieser traurigen Zustände, die überdies als Quelle einer allgemeinen deutschen Rückständigkeit geschildert werden, sogar als vornehmstes Mittel empfohlen wird. Wenn man hiernach berechtigt ist, das Hervorragendste hinter dem Programm der soziologischen Professur zu erwarten, so berührt es freilich eigentümlich, daß Becker eine kaum klarere Vorstellung von dem Begriff Soziologie besitzt als Ad. Hoffmann. Er teilt zwar offensichtlich nicht gerade dessen spezielle Ansicht; indessen vag ist auch sein Begriff. Vielleicht aber hat sich eben deshalb seine Hoffnung auf die Wirkung der Soziologie so außerordentlich gesteigert. Legen wir jedoch, bevor wir Beckers Begriff zergliedern, zuvor die allgemeinen Schwierigkeiten dar, mit denen die jetzt so stürmisch geforderte Vertretung der Wissenschaft der Soziologie an den Universitäten zu rechnen hat.

In der Wissenschaft wird die Soziologie als die Lehre von den Gemeinschaftsbeziehungen der Menschen definiert. In Anbetracht des unermeßlichen Gebiets, das damit für sie in Anspruch genommen wird, hat man freilich, seitdem man mit größerem Ernst die Streitfragen behandelt hat, eine Einschränkung für unvermeidlich gehalten, nämlich die Beschränkung auf die Lehre von den Formen der Gemeinschaftsbeziehungen (so G. Simmel). Allein man kann auch bei dieser Definition schwere Bedenken nicht unterdrücken, ob nicht selbst damit ein viel zu weites Gebiet umschrieben ist. Die Formen der Gemeinschaftsbeziehungen lassen sich ja nur scheinbar von den Gemeinschaftsbeziehungen überhaupt trennen.

Niemand, der sich etwas in der Geschichte der Wissenschaften umgesehen hat, wird bestreiten, daß die Gemeinschaftsbeziehungen der Menschen von Wissenschaften in stärkster Zahl beobachtet und untersucht worden sind, und daß die Aufmerksamkeit sich auf sie schon seit sehr langer Zeit hingelenkt hat. Es nimmt wunder, daß ein so gelehrter Forscher wie G. Simmel in seiner 1908 erschienenen „Soziologie, Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung“, S. 3, die Miene annimmt, als ob die soziologische Betrachtung, die

„Erklärung der historischen Erscheinungen aus dem Wechselwirken und dem Zusammenwirken der Einzelnen“ etwas verhältnismäßig Neues sei. Er setzt die heute in der Wissenschaft übliche Betrachtung — an sich mit Recht — in Gegensatz zu dem Verfahren, die historischen Tatsachen, also die Inhalte der Kultur, die Arten der Wirtschaft, die Normen der Sittlichkeit aus dem Einzelmenschen, seinem Verstand und seinen Interessen heraus zu erklären und, wo dies nicht gelingt, sogleich zu metaphysischen oder magischen Ursachen zu greifen, zum Beispiel die Sprache entweder schlechthin von genialen Individuen erfunden oder von Gott den Menschen fertig gegeben sein zu lassen, die religiösen Gebilde aus der Erfindung schlauer Priester oder aus ganz unmittelbar greifbarer Offenbarung herzuleiten. Dieses von Simmel abgelehnte Verfahren ist das Verfahren der Aufklärungszeit, des 18. Jahrhunderts. Damals war man ja in der Tat immer geneigt und bereit, die historischen Erscheinungen nach Möglichkeit aus bewußten Handlungen einzelner, aus ihren Plänen und Listen zu erklären. Aber wie die Aufklärung längst, insbesondere durch die romantische Bewegung, beiseite geschoben ist, so hat man ja längst insbesondere auch jenes Verfahren der Erklärung historischer Erscheinungen aufgegeben. Man darf sogar erwähnen, daß vor der Aufklärung manche treffende Beobachtung über die Gemeinschaftsbeziehungen der Menschen gemacht worden ist, die der heutige „Soziologe“ dankbar verwertet. Um nicht von den großen Geistern des Altertums und des Mittelalters zu sprechen, so verzeichnet Simmel selbst in seinem Werk (S. 153) eine feine Beobachtung von Hugo Grotius über menschliche Gemeinschaftsbeziehungen. Erörterungen von Hobbes und anderen aus der gleichen Zeit ließen sich anreihen. Die Aufklärung brachte dann, wie nicht zu leugnen ist, eine große Einseitigkeit in der Erklärung der historischen Erscheinungen. Allein der Eifer, mit dem sie sich ihr hingab, hat doch auch die Erkenntnis der menschlichen Gemeinschaftsbeziehungen gefördert, und ich wüßte nicht, warum man den Versuchen der Aufklärung die Bezeichnung der „soziologischen“ Erklärungen vorenthalten soll. Ist es eine einseitige Erklärung, so ist es immerhin ein ernstes Bemühen. Im Laufe des 19. Jahrhunderts hat sich gegenüber einer gar zu starken Betonung der unbewußten Mächte in der Geschichte der Hinweis auf das bewußte Handeln mehrfach als nicht unberechtigte Reaktion erwiesen. Man wird doch zum Beispiel die hier in Betracht kommenden Bemühungen R. von Iherings bei aller ihrer

Einseitigkeit nicht schlechthin verwerfen, mindestens als verhältnismäßig berechtigte Reaktion werten. Im übrigen gehöre ich keineswegs zu den Lobrednern der Aufklärung, bekenne mich vielmehr zu denen, die die wahrhaft wissenschaftliche Erklärung der historischen Tatsachen erst von der romantischen Bewegung an datieren. Aber von ihr an hätte Simmel ganz zweifelsfrei seine „soziologische" Erklärung rechnen und nicht den Anschein von einem sehr jugendlichen Alter der „Soziologie" erwecken sollen.

Die Romantik lehnte die einseitige Herleitung der historischen Erscheinungen aus bewußten Handlungen der einzelnen Menschen ab, indem sie auf unbewußte Kräfte, objektive Mächte als deren Quell hinwies. Es genügt, an die Theorie vom Volksgeist zu erinnern, als dessen Ausprägung die Romantik das Recht, die Sprache, die Kunst deutete, die ein Volk besitzt. Es ist heute in manchen Kreisen üblich geworden, von der romantischen Theorie vom Volksgeist spöttisch zu sprechen. Tatsächlich bildet sie die Grundlage für die gesamten historischen Erklärungen, die das 19. Jahrhundert, und zwar mit zweifellosem Erfolg, unternommen hat, und gerade auch die viel gerühmte Soziologie ruht, soweit sie brauchbar ist, auf ihr. Der Volksgeist wird nicht etwa so gefaßt, als ob es sich nur um den Geist einer abgegrenzten Nation, gar nur eines staatlich geeinten Volkes handelte, sondern es kommen die Gemeinschaften, in denen der Mensch überhaupt stehen kann, in Betracht.

Wir leugnen natürlich nicht, daß die neue, die romantische Bewegung sich zunächst noch einiger Einseitigkeiten schuldig gemacht hat. Wir deuteten dies ja schon an, als wir von einer verhältnismäßig berechtigten Reaktion sprachen, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts dann und wann in der Erneuerung von Gedanken der Aufklärung bekundet habe. Wenn das stille Walten des Volksgeistes zu sehr betont wurde und eine Abneigung gegen eine fortbildende Tätigkeit der Gesetzgebung sich einstellte, so waren das Einseitigkeiten. Aber solche Einseitigkeiten machen doch nicht das Wesen der romantischen Bewegung aus. Über die Entstehung des Volksliedes, ob es dem Volk als Ganzem oder einem einzelnen zu verdanken sei, ist innerhalb der echten romantischen Schule, zwischen Jakob Grimm und A. W. v. Schlegel, gestritten worden, und wenn ein Teil der romantisch gerichteten Juristen von einer planmäßigen legislatorischen Tätigkeit nichts wissen wollte, so hat die große Gruppe der Germanisten, die

durchaus romantischen Ursprungs sind, geradezu das Verdienst, dem deutschen Recht, der deutschen Verfassung neue Ziele gesetzt zu haben. Die Germanistentage setzten sich die Fortbildung der deutschen Zustände zum Zweck. Aus der Zeit der Romantik ließen sich viele Urteile über die Stellung des einzelnen in seiner Gemeinschaft anführen, die heute zweifellos Anerkennung finden. Ein die „soziologische" Betrachtung empfehlender Autor[1] der Gegenwart stützte kürzlich seine Bemerkung, daß „die Ursachen, die die Entscheidung des Staatmanns bestimmen, in die Jahrhunderte rückwärts weisen", mit einigen Sätzen des Romantikers Adam Müller aus dem Jahre 1809: „Es waren nicht sowohl die Ansichten der Kabinette, welche den Krieg bestimmten; es war niemals der Eigensinn der Regierenden, wie ein weichlicher, verderbter Pöbel sich die Sache denken mochte; es waren immer tiefer liegende, in der notwendigen Konstruktion des gesamten Staatenverhältnisses liegende Gründe. Ein innerer, der gegenwärtigen Generation völlig unbewußter, aus dem Anstoß früherer Generationen herrührender Drang nach lebendigem Wachstum war ... das eigentliche Mobil der Kriege." Derselbe Autor zieht aus der Anschauung, wie sie hier Adam Müller vertritt, die Folgerung: „Die immer von neuem eingeleitete Untersuchung nach den ‚Schuldigen', den ‚Verantwortlichen' müßte also im Grunde nicht diesen oder jenen Einzelnen, sondern die Gesamtheit der an diesem säkularen Vorgang Beteiligten vor ihr Forum ziehen." Ich persönlich würde die Sätze Müllers etwas beweglicher gestalten, für den individuellen Faktor etwas mehr Spielraum reklamieren. Aber darüber kann ja gar kein Zweifel bestehen, daß Müller der großen Wahrheit von der Bestimmtheit des einzelnen durch allgemeine Mächte, von der Beeinflussung späterer Jahrhunderte durch frühere, von der Direktion, die der einzelnen Person und dem einzelnen konkreten Staat die Tradition gibt, einen prächtigen Ausdruck gegeben hat. Und man darf wohl sagen, daß die heutigen Eintagsfliegen, die fanatisch einen Staatsmann oder Feldherrn vor einen Staatsgerichtshof zur Aburteilung schleppen wollen wie jemand, der in einen Keller eingebrochen ist, damit in die Gepflogenheiten der Geschichtserklärung der Aufklärung zurückfallen und den Beweis liefern, daß ihnen die durch reiche geschichtlichen Beobachtung gesättigte Anschauung der Romantiker völlig fremd ist. Vielleicht wird man einwenden, daß ja die moderne „so-

---

[1] Th. Litt, Geschichte und Leben (1918), S. 107.

ziologisch" gerichtete Rechtsprechung ihrerseits durchaus die soziale Bestimmtheit des einzelnen berücksichtigt, also auch die Beeinflussung des Staatsmanns durch die geschichtliche Politik seines Staates berücksichtigen würde. Das wäre aber kein begründeter Einwand gegen unsere Schätzung der Romantik, sondern vielmehr ein Beweis für ihre Richtigkeit. Denn unsere These ist ja eben die, daß das Brauchbare, was die moderne „Soziologie" enthält, aus der Romantik stammt; wobei wir die Bemerkung anknüpfen, daß die Jurisprudenz, die sich heute technisch die soziologische nennt, zum Teil auf einer Umbiegung romantischer Anschauungen ins Naturalistische beruht. Diejenige Jurisprudenz, die ihre wissenschaftliche Aufgabe erfüllt, wird die Bestimmtheit des einzelnen durch die Gemeinschaftsbeziehungen, in denen er steht, berücksichtigen, ohne dem Naturalismus zu verfallen.

Im Zusammenhang mit dem allgemeinen Fortschritt der Wissenschaft ist seit den Tagen der Romantik die Erkenntnis der Gemeinschaftsbeziehungen, denen der Mensch angehört, erfolgreich gefördert worden; man baute auf der damals gelegten Grundlage weiter. Einen bedeutungsvollen Fortschritt stellt namentlich die stärkere Berücksichtigung der wirtschaftlichen Beziehungen dar. Obwohl sie auch vorher nicht gefehlt hat — es sei nur an Niebuhrs „Römische Geschichte" und K. Fr. Eichhorns „Deutsches Privatrecht" erinnert —, so war doch eine Steigerung ebenso möglich wie notwendig, und sie trat in der Tat ein. Man begegnet noch heute oft der Meinung, daß eigentlich erst der Marxismus die Abhängigkeit des Menschen von den wirtschaftlichen Kräften gelehrt, daß erst das „kommunistische Manifest" von 1847 dafür eine Formel geprägt habe. In Wahrheit fand dieses schon eine reiche wirtschaftsgeschichtliche Literatur, auch greifbare Anschauungen über das Verhältnis des Menschen zu seinen wirtschaftlichen Beziehungen vor[1]. Der Marxismus sagt hier

---

[1] Ich habe den Beweis für die allgemeine Abhängigkeit des „kommunistischen Manifests" von der vorausgegangenen Literatur in meiner Abhandlung „Die deutsche wirtschaftsgeschichtliche Literatur und der Ursprung des Marxismus" (gedruckt als Anhang zu meiner „Deutschen Geschichtschreibung von den Befreiungskriegen bis zu unsern Tagen", Leipzig 1916) erbracht. Mein Nachweis hat keinen ernsthaften Widerspruch erfahren. Vgl. meinen Artikel „Romantik und realistische Geschichtschreibung", Vierteljahrsschrift f. Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte, Bd. 15, S. 82 ff. und die Rezension meines Buches von E. Heymann in der Savigny-Zeitschrift, Germ. Abt., Bd. 38 (1917), S. 437 ff.

nicht etwas ganz Neues, sondern übertreibt nur das, was vor ihm gesagt worden war, und bringt es auf eine für die praktische und politische Agitation erfolgreich verwertbare Formel. Das „kommunistische Manifest" steht durchaus innerhalb der allgemeinen wirtschaftsgeschichtlichen Literatur, und zwar zeigt es sich abhängig gerade auch von der romantischen Geschichtsliteratur.

Die wirtschaftsgeschichtlichen Studien waren an verschiedenen Stellen gepflegt worden, so von Vertretern der historischen Rechtsschule, die ja eine der Gruppen der romantischen Geschichtsforschung ist. Ein jüngerer Vertreter der historischen Rechtsschule, Wilhelm Arnold, hat dann auch grundsätzlich das Verhältnis von Wirtschaft und Recht untersucht. Als Ableger der historischen Rechtsschule ist die historische Schule der Nationalökonomie aufgekommen; zum Teil greift sie auch direkt zu den alten Romantikern wie Ad. Müller zurück. Die historische Schule der Nationalökonomie hat aus der Beobachtung der sozialen Bewegung des 19. Jahrhunderts viel Anregungen gewonnen. Aber ihre wissenschaftliche Arbeit hat keineswegs in der sozialistischen Literatur ihren Ursprung, sondern sie geht eben auf jene Ahnen zurück.

Mit der umfassenden Behandlung der wirtschaftlichen Beziehungen des Menschen erhielt die Erforschung seiner Gemeinschaftsbeziehungen einen gewissen Abschluß, zumal ungefähr gleichzeitig auch die schon lange beobachteten Beziehungen des Menschen zur Erdoberfläche mit dem Ausbau der geographischen Wissenschaft (K. Ritter!) gründlicher erforscht und in der Anthropologie (Th. Waitz), dann in der Ethnographie und Ethnologie weiter fruchtbare Felder angebaut wurden. Es war dadurch eine gewisse Vollständigkeit erreicht. Die wissenschaftliche Bewegung kam freilich damit nicht zu einem Stillstand.

Am Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde von Lazarus und Steinthal die neue Wissenschaft der Völkerpsychologie gegründet. Obwohl diese Gründung vor die eigentliche Gründerperiode fällt, so erinnert sie doch etwas an deren Gründungen. Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß hier etwas angeblich ganz Neues gegründet werden sollte, um einem angeblich ganz neuen Bedürfnis abzuhelfen, während der Gedanke der Völkerpsychologie doch schon mit dem romantischen Gedanken der Erfassung des Volksgeistes gegeben war. Lazarus und Steinthal verstanden unter dem, was sie gründen wollten, etwas Verschiedenes. Lazarus war Popularphilosoph und erging sich in allgemeinen Kauserien. Steinthal, der Sprach-

forscher war, wollte die Sprachbildung erklären. Da er Fachmann war, sind seine Bemühungen seinem Fach zustatten gekommen. Aber eine Epoche läßt sich von der Lazarus-Steinthalschen Gründung nicht datieren.

Mit weit mehr Ansprüchen war schon vorher die Soziologie des Positivismus in Frankreich begründet worden. Es genügt, um diese Bewegung zu charakterisieren, die Namen Comte, Buckle und Spencer zu nennen. Eigenartig ist ihr die Aufstellung von Gesetzen, denen das geschichtliche Leben, die Gemeinschaftsbeziehungen der Menschen unterworfen seien. Wenn die Formulierung von Gesetzen keineswegs bloß hier stattfand, wenn insbesondere auch der Marxismus ein starres Gesetz aufstellte, so findet die Theorie von der gesetzmäßigen Bestimmtheit der menschlichen Beziehungen doch ihre reichlichste, bunteste Verwirklichung in der Soziologie des Positivismus. Diese Positivisten beanspruchen, strenge Empiriker zu sein, wie sie eben auch ihre Gesetze auf Grund angeblich rein empirischer Beobachtungen formulieren. In Wahrheit sind sie dem Schicksal des rohen Empirismus, der sich über sich selbst täuscht, verfallen: sie lassen sich von Dogmen, nicht von unbefangenen Beobachtungen leiten. Comtes Stufentheorie spiegelt das Residuum der Aufklärung wieder, daß die Religion mit dem Fortschritt der Menschheit allmählich überflüssig werde. Spencer, der wie diese Positivisten überhaupt mit der strengen Methode der Naturwissenschaften zu operieren beansprucht, sein geschichtliches Material aber aus dritter und vierter Hand bezieht, tritt mit seinen soziologischen Schriften als Apostel des Manchestertums auf.

Es bestehen, wie eben angedeutet, Beziehungen zwischen den Anschauungen der Positivisten und denen der Auflärung. Anderseits läßt sich dieser Positivismus insofern als schärfster Gegensatz gegen die Aufklärung auffassen, als er die Abhängigkeit des einzelnen von seiner Gemeinschaft, von dem Gang der allgemeinen Entwicklung so sehr betont, daß die Bedeutung der Einzelpersönlichkeit ganz verschwindet. Wo die romantische Auffassung einen Spielraum für die Betätigung des einzelnen ließ, wo sie in der Bestimmung des Verhältnisses des einzelnen zur Gemeinschaft Zurückhaltung übte, da fährt der Positivismus mit rauher Hand hinein, löscht die Einzelpersönlichkeit ganz aus und will nur die Herrschaft grober Gewalten anerkennen.

In Frankreich und England konnte sich der Positivismus mehr

ausbreiten, weil dort sich nicht eine so reiche wissenschaftliche Literatur entwickelt hatte, wie Deutschland sie innerhalb der von der Romantik beeinflußten Wissenschaften besaß. In Deutschland wurde er überwiegend und mit Entschiedenheit abgelehnt; man hatte ihn wahrlich nicht nötig; man besaß Besseres. Erst später, hauptsächlich im Zusammenhang mit dem stärkeren Vordringen des in den allgemeinen Anschauungen wesensverwandten Sozialismus, allerdings nicht bloß auf diesem Wege, kam er auf deutschem Boden zu größerer — jedoch nie irgendwie vorwiegender — Geltung. Wie wenig er dagegen in den ersten Zeiten bei uns goutiert wurde, dafür liefert die Aufnahme, die Buckle fand (dieser vermittelte den Deutschen zunächst in erster Linie den Positivismus), lehrreiche Belege. Mit prächtig souveräner Geringschätzung haben damals Gelehrte wie J. G. Droysen und R. Haym die Geschichtsauffassung Buckles abgelehnt, und wie die Ablehnung herrschend war, so behalten die Sätze jener beiden noch heute volle Gültigkeit. Nur sehr wenige Autoren bekannten sich in Deutschland zu Buckle. Unter ihnen freilich auch zwei Forscher von hohem Ernst: B. Erdmannsdörffer und W. Scherer, Männer, die nicht bloß durch wissenschaftliche Schulung und Bildung, sondern auch durch reiche geschichtliche Beobachtung, Feinheit der Auffassung, Geschmack und im ganzen Stil den Führern des Positivismus weit überlegen waren. Es geschieht ja aber dann und wann, daß ein feiner Geist von einer gröberen Natur mit derberem Willen sich beeinflußen läßt. Es kommt hinzu, daß jene Zeit die eines Rückgangs der deutschen philosophischen Bildung, die Zeit der Vorherrschaft einseitig empirischer Fachstudien war. Beim Mangel eigener allgemeiner Anschauungen mochte man glauben, das Surrogat der schematischen Formeln von Comte und Buckle willkommen heißen zu müssen. Scherer hat unter dem Einfluß des Positivismus seine wahrlich nicht glückliche Stufentheorie von den regelmäßig einander ablösenden männlichen und weiblichen Perioden der Literaturgeschichte aufgestellt. Erdmannsdörffer griff unter dem Einfluß des Positivismus höher und schrieb seine überaus feinsinnige Abhandlung über das Zeitalter der Novelle in Hellas. Auch hier liegt eine Stufentheorie zugrunde: in der Entwicklung jedes Volkes tritt einmal ein Zustand von der Art ein, daß die Novelle die vorherrschende Literaturgattung ist. Wir wundern uns, daß Erdmannsdörffer zur Abfassung dieser feinen Studie durch so grobe Schematiker wie Comte und Buckle veranlaßt worden ist. Aber der Anstoß, den sie ihm gaben, war ja

schließlich auch nur der, daß er nach einer gesetzmäßigen Entwicklung in der Literatur suchte; alles andere ist lediglich seines Geistes Werk. Und das, was ihn etwa mit ihnen verband, hat er hinterher aufgegeben. Die erwähnte Abhandlung ist ein Versuch, ein sehr interessanter Versuch geblieben; vollständig jene Stufentheorie durchzuführen, darauf hat Erdmannsdörffer verzichtet[1]. Wir finden ihn später auf einem ganz anderen Wege: er bemühte sich besonders um die Verdienstabgrenzung historischer Persönlichkeiten, und seine allgemeine Anschauung spricht er in einer mit großer Wärme geschriebenen Anzeige des fünften Bandes von Treitschkes deutscher Geschichte[2] aus, in der er „die Grundansicht" verteidigt, „daß in aller Historie der Wert und die Bedeutung des individuellen psychologischen Moments höchst maßgebend ist und bleiben muß; die Individualität läßt sich nicht in den Hintergrund drängen". Für die Vertreter der positivistischen Soziologie aber ist es bezeichnend, daß keiner von ihnen zum Ruhm seiner Richtung geltendgemacht hat, daß einst Erdmannsdörffer mit der Abhandlung über das Zeitalter der Novelle in Hellas eine Annäherung an sie gesucht hat. So gering ist ihre Literaturkenntnis, so gering die Beweglichkeit ihres Geistes, daß sie von dem, was allenfalls zu ihrem Ruhm vorgebracht werden könnte, nicht einmal Notiz nehmen.

Wenn der Positivismus in Erdmannsdörffers Leben nur eine Episode bildet und bei seinem ersten Hinüberspielen nach Deutschland überhaupt nicht viel Einfluß übt, so spielt er, wie bemerkt, in einer späteren Zeit, zum großen Teil in innerem Zusammenhang mit dem Vordringen des Sozialismus, jedenfalls gleichzeitig mit ihm eine größere Rolle. Jetzt hat auch Deutschland eine Periode, in der man eine gewaltig weise Ansicht auszusprechen meint, wenn man der Persönlichkeit jede Bedeutung abspricht, in der sich ein großer Eifer für Konstruktion von Gesetzen, welche das Gemeinschaftsleben der Menschen beherrschen, bekundet, in der ein Historiker mit der Rekordleistung von 24 in bewundernswerter Schnelligkeit herausgefundenen historischen Gesetzen aufwarten kann, in der freilich auch der üppigen Fruchtbarkeit in der Konstruktion von sozialen Gesetzen ein überraschend schneller Verbrauch derselben entspricht. Diese Bewegung

---

[1] Vgl. meinen Nekrolog auf Erdmannsdörffer in der Historischen Vierteljahrsschrift 1901, S. 275 ff. und meine Geschichtschreibung S. 81, Anm. 1.

[2] Preußische Jahrbücher Bd. 81, S. 376.

hat, wie gesagt, großenteils praktische politische oder soziale Ziele: hinter den Schablonen stehen reale Interessen. Aber es ging auch ein gewisser allgemeiner Zug der Zeit dahin, der aus einem verbreiteten einseitigen Empirismus stammte, und mancher Autor, von dem man wohl etwas anderes hätte vermuten können, ließ sich von dem lauten Lärm einschüchtern[1].

Die Bewegung war insofern nicht ohne Nutzen, als sie die andere Seite zur energischen Verteidigung ihres Standpunkts, zur Selbstbesinnung und zum stärkeren Ausbau der eigenen Anschauungen nötigte. Das ist ja oft die gute Wirkung einer an sich unberechtigten Bewegung. Wir müssen indessen nachdrücklich betonen, daß die Bekämpfung der positivistischen Bewegung sich in der Linie der älteren Entwicklung der deutschen Wissenschaft halten konnte. Man konnte mit Fug und Recht geltend machen, daß die vom Positivismus behauptete Abhängigkeit des Menschen von objektiven Mächten längst genügend gewürdigt worden sei, nämlich in der romantischen Lehre vom Volksgeist, ebenso aber auch, daß die Einseitigkeit derjenigen Ansicht längst erkannt worden sei, welche der Einzelpersönlichkeit keinen Spielraum lassen und die menschlichen Gemeinschaftsbeziehungen festen Gesetzen unterwerfen will. Die Bekämpfung des Positivismus knüpft in der Tat bewußt an die vorhin geschilderten älteren Strömungen an. Wenn in der Ablehnung jenes Fanatismus der Konstruktion von sozialen Gesetzen Dilthey und Rickert Führer waren, so ist es von beiden bekannt[2], daß sie sich des Zusammenhangs mit den Anschauungen der Romantiker bewußt waren. Es ist schwer zu verstehen, wie noch kürzlich ein Historiker vermocht hat, es so darzustellen, als ob erst mit Comte, Buckle und Lamprecht die Frage des Verhältnisses von Persönlichkeit und Gemeinschaft zu ernsterer Erörterung gebracht worden sei[3]. Nur eben eine Vergröberung längst vorhandener Ansichten haben sie gebracht. Man schlage doch die Schriften der Romantiker und der wissenschaftlichen Schulen, die sich aus deren Kreis abgezweigt haben, der historischen Rechtsschule, der germanistischen

---

[1] Ich habe ein Bild von dieser Bewegung in meiner Abhandlung „Die neue historische Methode", Histor. Zeitschrift, Bd. 81, gegeben.

[2] Vgl. Rickert, Histor. Zeitschrift 86, S. 464. Über Dilthey siehe R. Unger, Weltanschauung und Dichtung, S. 15 ff.

[3] W. Götz. Vgl. zur Kritik seiner Meinung Vierteljahrsschrift f. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Bd. 15, S. 90. Gegen Götz s. auch K. Brinkmann, Versuch einer Gesellschaftswissenschaft (1919), S. 15 ff.

Philologie, der allgemeinen Sprachwissenschaft, der Kunstgeschichte, der politischen Geschichte, der historischen Schule der Nationalökonomie nach: in reichem Maß findet man in ihnen ergiebige Betrachtungen über die Stellung des einzelnen zur Gemeinschaft. Bei Ranke ist dies geradezu ein Grundproblem, und was er über das Verhältnis von Freiheit und Notwendigkeit sagt, ist weder nach der einen noch nach der anderen Seite einseitig. Es ließen sich noch andere Autoren nennen, die nicht gerade in jenen Rahmen einzubeziehen sind, wie etwa W. v. Humboldt; die Beobachtungen in seiner Abhandlung „über die Aufgabe des Geschichtsschreibers" über die kleinen und großen Kreise, in denen der Mensch steht, sind von den Positivisten zu ihrem Schaden vernachlässigt worden. Ihre vorhin schon gerügte mangelhafte Literaturkenntnis hat eben zur Folge gehabt, daß sie uns mit lange schon erledigten Dingen aufgehalten haben. Um so weniger sollte man heute von dem Einbruch des Positivismus in Deutschland eine Epoche in der Erörterung des Verhältnisses des einzelnen zur Gemeinschaft datieren.

Neben den Autoren, die der Zeit vor dem Einbruch des Positivismus angehören, könnte man in großer Zahl solche nennen, deren Entwicklung in gleiche oder eine spätere Zeit fällt, die aber nicht vom Positivismus beeinflußt sind und ebenso wie jene älteren unserem Problem fruchtbare Aufmerksamkeit gewidmet haben. Wir möchten dabei noch auf einen besonderen Umstand hinweisen. Die Jahre des Einbruchs des Positivismus waren, wovon wir schon sprachen, eine Periode eines einseitigen Empirismus; eben damit war ja eine Disposition für die Aufnahme des Positivismus geschaffen. Es herrschte ein Aberglaube an die Empirie. Unter den Schülern und Enkelschülern Rankes, noch mehr unter denen Mommsens, unter den Juristen, Nationalökonomen finden wir viele, die als „Nichts als Empiriker" zu bezeichnen kein Unrecht sein dürfte. Um so bemerkenswerter ist es, und es bildet einen Ruhm der deutschen Wissenschaft, daß jene Forscherkreise, obwohl der Empirismus bei ihnen breiten Boden fand, sich der übergroßen Mehrzahl nach vom Positivismus und Naturalismus frei gehalten haben. Die strenge wissenschaftliche Methode, in deren Bann sie aufgewachsen waren, hinderte sie doch, sich den positivistischen und naturalistischen Dogmen zu überlassen.

Wir wollten indessen noch ein Wort darüber sagen, wie in der deutschen Wissenschaft das Problem der menschlichen Gemeinschafts-

beziehungen die ausgiebigste Behandlung erfahren hat. Gedenken wir der großen Personenschilderungen in den Werken unserer Geschichtschreiber, von Ranke und Mommsen, Döllinger, Sybel, Otto Abel, A. Dove, F. v. Bezold. Die Kabinettstücke Doves stammen wahrlich nicht aus dem Positivismus; er steht durchaus innerhalb der Tradition der deutschen Wissenschaft. Mit dem Stichwort „Milieu" beständig um sich zu werfen, haben diese Forscher freilich nicht die Gewohnheit, aus dem einfachen Grunde, weil sie die Gemeinschaftsbeziehungen des Menschen mit zarterer Aufmerksamkeit verfolgen, nicht nach dem französischen äußerlichen Schema verfahren. Ihnen war die Anschauung fremd, daß man bei der Erklärung einer historischen Persönlichkeit Freiheit und Notwendigkeit, Originalität und Abhängigkeit, Individualität und soziale Bestimmtheit wie ganz unvermittelte Kategorien zu verwenden habe[1]. Sie bekundeten namentlich auch die Erkenntnis, daß die Persönlichkeit sich nicht restlos erklären läßt. Gustav Freytag, der im Rahmen der Anschauungen der historischen Rechtsschule und der germanistischen Philologie sich entwickelt hat, führt in seinen „Bildern aus der deutschen Vergangenheit" den großartigsten Beweis für die Fruchtbarkeit des romantischen Gedankens von der maßgebenden Bedeutung des Volksgeistes, aber eben auch gar nicht schematisch, sondern indem er durch liebevolles Eingehen auf die Eigenart des Volkes, der deutschen Stämme, der Landschaften, der Vergangenheit des Reichsgebietes und seiner Teile, der Individualität der Person und ihrer Schicksale ein anschauliches Bild zu entwerfen sucht. Noch erfolgreicher handhabt diese Kunst H. v. Treitschke: alle denkbaren Abhängigkeiten kommen bei ihm zu Wort, die er aber nie die Sache erschöpfen läßt; das Operieren mit technischen Schlagwörtern verschmäht, verwirft er gleichfalls. Mit den Historikern waren die Theologen[2], die Kunsthistoriker, die Literaturhistoriker, Sprachforscher, Philosophen, Juristen, Nationalökonomen sich darüber einig, daß wohl jede geschichtliche Leistung durch Gegebenes bedingt

---

[1] L. v. Ranke hebt in der Vorrede zu seinen Historisch-biographischen Studien, S. 1, ganz deutlich hervor, daß man zwischen der Freiheit der Persönlichkeiten und der Notwendigkeit der Gemeinwesen nicht so scharf sondern dürfe.

[2] Vgl. Jülicher, Einleitung in das neue Testament (1894), S. 18: „Der ärmliche Wunsch, die historischen Persönlichkeiten aus ihrer Zeit schlankweg zu erklären, gleichsam als ein Kompositum, aus den das geistige Leben dieser Zeit, ihrer Umgebung bestimmenden Faktoren ausrechnen zu können, darf gegenüber weltgeschichtlichen Größen keine Erfüllung erhoffen."

ist, daß aber das Epochemachende in der Geschichte sich nie aus bloßer Enwicklung herleiten läßt, daß hier vielmehr die schöpferische Genialität in das Spiel der Kräfte eingreift, daß aber überhaupt keine historische Erscheinung sich rein aus vorhandenem erklären läßt. Man sprach sich übereinstimmend gegen „die mystischen Gesetze der Wirkung psychophysischer Faktoren“ [1] und die anderen Formulierungen, in denen die Behauptung starrer Gesetze auftrat, aus [2].

---

[1] Histor. Zeitschrift 83, S. 105.

[2] Um ein paar Beispiele anzuführen: Julian Schmidt, Geschichte der deutschen Literatur seit Lessings Tod, 5. Aufl., 3. Bd., S. 481 f., 484 (Hinweis darauf, wie auch die Verfassungsgeschichte die Bedeutung der Persönlichkeit anzuerkennen habe). Sigwart, Kleine Schriften II, S. 215, 217, 219, 231. Hensel, Histor. Zeitschrift 73, S. 456. Rümelin, Reden und Aufsätze, 3. Folge, S. 265. Zu den Arbeiten Schmollers, der das sittliche Moment, d. h. eben etwas Persönliches, bei dem preußischen Beamtentum, und den Umstand betonte, daß nicht in den Formen das Wertvolle lag, sondern in dem Geist, der sie beseelte, vgl. Histor. Zeitschrift Bd. 73, S. 189; Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, N. F. I, S. 49 (Schmoller gegen die Theorie vom Milieu). E. Marcks, Deutsche Rundschau, Aprilheft von 1899, S. 64 f. Dozy, Mauren I, S. 12 (wie Mohammed nicht vorzugsweise als Teil seines Volks in Betracht kommt, sondern seine Wirkung darauf beruht, daß er Eigenschaften besaß, die seinem Volk fremd waren). Ich habe einmal die Äußerungen aus K. Justis Werken über den Begriff und die Bedeutung der Entwicklung zusammengestellt und erläutert, wobei seine Geringschätzung der Entwicklungsgeschichte hervortrat. W. Scheel, Zeitschrift für deutsches Altertum, Anzeiger, 1899, S. 213: „Die Einführung einer derartigen Sprachänderung [Einführung des Hochdeutschen in der Kanzlei in Pommern] ist keineswegs ein spontaner oder mechanischer Prozeß; sie läßt sich fast immer an den Namen eines Mannes anknüpfen, der in der Kanzlei maßgebenden Einfluß hatte, und der — was nicht zu vergessen ist — Schreiber anstellte, welche des Hochdeutschen kundig waren.“ Vgl. ferner Th. Ludwig, Der badische Bauer, S. 122 und 124. Warum überwiegt im code civil das römische Recht? Den Ausschlag gab die Persönlichkeit Napoleons. Deutsche Literaturzeitung 1899, Nr. 45, Sp. 1722 ff.

Da, wie wir erwähnten, es noch immer bestritten wird, daß unabhängig vom Positivismus das Problem der menschlichen Gemeinschaftsbeziehungen zu gründlicher Erörterung gekommen ist, so werden Zitate wie die vorstehenden nicht überflüssig sein. Aus dem gleichen Grunde mögen hier die Äußerungen von Hermann Grimm in seinem Leben Michelangelos (17. Aufl., Bd. 1, S. 56 ff.) angeführt werden: „Die Geschichte ist die Erzählung der Schwankungen, die im großen eintreten, weil im einzelnen die Kräfte der Menschen ungleich sind. Unser Trieb, Geschichte zu studieren, ist die Sehnsucht, das Gesetz dieser Funktionen und der sie bedingenden Kraftverteilung zu erkennen, und indem sich hier unserem Blicke Strömungen sowohl als unbewegliche Stellen oder im Sturm gegeneinander brausende Wirbel zeigen, entdecken wir als die bewegende

Wenn jedoch die deutsche Wissenschaft sich veranlaßt sah, die Selbständigkeit des Individuums gegenüber der Gemeinschaft, der Umgebung, der behaupteten gesetzmäßigen Entwicklung zu betonen, so hat sie, um es nochmals zu wiederholen, nie die anderen Faktoren außer acht gelassen. Grundsätzlich hat kein deutscher Forscher die Bedeutung der allgemeinen Strömungen bestritten; höchstens daß gelegentlich einer praktisch seine Pflicht in der allseitigen Behandlung seines Gegenstandes versäumt hat. Übrigens hat auch der der deutschen Art wesensverwandte und zugeneigte Carlyle mit seiner Heroenverehrung gar nicht dem Genie gegenüber die allgemeinen

---

Kraft Männer, große, gewaltige Erscheinungen, die mit ungeheurer Einwirkung ihres Geistes die übrigen Millionen lenken, die niedriger und dumpfer sich ihnen hinzugeben gezwungen sind. Diese Männer sind die großen Männer der Geschichte, die Anhaltspunkte für den in den unendlichen Tatsachen herumtastenden Geist; wo sie erscheinen, werden die Zeiten licht und verständlich; wo sie fehlen herrscht unverwüstliche Dunkelheit; und werden uns Massen sogenannter Tatsachen aus einer Epoche mitgeteilt, der große Männer mangeln, es sind lauter Dinge ohne Maß und Gewicht, die zusammengestellt, so bedeutenden Raum sie einnehmen, kein Ganzes bilden.

Es gibt ein allgemeines Gefühl über das, was groß ist. Die Menschheit hat es immer gewußt, es braucht nicht erklärt zu werden. Jedes Menschen Wert und Einfluß hängt davon ab, inwieweit er fähig ist, selber groß genannt zu werden oder sich denen anzuschließen, die es sind. Nur was unter diesem Gesichtspunkte sichtbar wird vom Menschen, bildet seine unvergängliche Persönlichkeit. . . . . . Das Studium der Geschichte ist die Betrachtung der Begebenheiten, wie sie sich zu den großen Männern verhalten. Diese bilden den Mittelpunkt, von dem aus das Gemälde konstruiert werden muß. Der Enthusiasmus für ihre Person verleiht die Fähigkeit, den richtigen Standpunkt ihnen gegenüber einzunehmen. Man will betrachten und anderen die Gabe der Betrachtung mitteilen. So meinte es Goethe, als er sagte, der einzige Nutzen der Geschichte sei die Begeisterung."

S. 381 (aus einem Vergleich zwischen Papst Julius II. und Friedrich d. Gr.): „Je mehr Giulio wagte, je treuer schien ihm das Glück, je heftiger ward er selber. Auch Friedrich wurde immer gewaltsamer mit zunehmenden Jahren. Sie lernten beide mehr und mehr, daß Handeln die einzige Art sei, die Dinge zu fördern, und daß rasches, blitzartiges Vorgehen die einzige Art zu handeln sein dürfe, endlich aber, daß das Glück oder das Schicksal, oder wie man die Macht nennen will, von der der irdische Ausgang der Dinge abhängig ist, dadurch zu einer fast dienenden Gewalt gemacht werde, daß man sie herausfordere und von vornherein als Bundesgenossin betrachte. Denn der allein darf handeln, der eine Ahnung hegt vom Gelingen seines Anschlags, und dem Unglücke geht der Zweifel an der eigenen Überlegenheit voran."

Strömungen vernachlässigt. Sein Gedanke war nur, daß sich alle im Volk zum wahren Heldentum durchringen sollten[1].

Gegenüber den Aufklärungen, die wir der deutschen Wissenschaft über das Problem der menschlichen Gemeinschaftsbeziehungen — sei es, daß wir auf die Belehrung im einzelnen, sei es, daß wir auf die allgemeine Anschauung achten — verdanken, treten die Leistungen des Positivismus ganz zurück. Sollen wir etwa des Soziologen Gumplowicz gedenken, der sich als einer der ersten als Soziologen bezeichnete? Wenn der Straßburger Jurist Merkel ihn den „Zola unter den Soziologen" nannte, so trifft diese Bezeichnung nur insoweit zu, als beiden die krasse Art eigen ist. Daß jedoch bei Gumplowicz etwa ebenso wie bei Zola die Kunst größer war als das Programm, läßt sich leider nicht entdecken. Es ist wahr, daß die Positivisten in Frankreich mehr bieten als in Deutschland; aber das Brauchbare ist bei ihnen eben stets das, was im Gegensatz zum Programm geboten wird. Taine nahm die ganze Fülle der historischen Anschauung zu Hilfe, um dem abstrakt logischen Skelett seiner Theorie eine wenig dazu passende lebensvolle Einkleidung zu geben. Der mathematisch geschulte Geist des Franzosen stellt eine nackte Formel auf; will er Eindruck machen, so muß er sich bemühen, die unendliche Mannigfaltigkeit historischer Gestaltungen vorzuführen, was dann nur im Widerspruch zu seinem Prinzip geschehen kann.

Die ganz überwiegende Ablehnung des Positivismus durch die deutsche Wissenschaft erfolgte in Deutschland, wie ich vorhin bemerkte, selbst in der Zeit, in der eine einseitige Empirie herrschte. Vollständiger, schärfer, bewußter wurde die Ablehnung, als inzwischen ein neues philosophisches Zeitalter heraufzog. Unklarheiten und Unsicherheiten gegenüber dem Positivismus und Naturalismus[2] wurden mehr und mehr beseitigt. Die Philosophen, die durch ihre Mitarbeit diese unsere Bemühungen wesentlich gefördert haben, sind

---

[1] Histor. Zeitschrift 82, S. 530.

[2] Ich habe solche Unklarheiten und Unsicherheiten in meinen Aufsätzen über die historische Schule der Nationalökonomie in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jahrg. 1904 kritisiert; ähnlich Max Weber in seiner Abhandlung über Roscher. Eine Unklarheit und Unsicherheit zeigte sich zum Beispiel darin, daß Schmoller Comte und Spencer mehr zugestand, als mit dem Standpunkt eines Vertreters der historischen Schule der Nationalökonomie vereinbar ist. Es gehören in dies Kapitel ferner die Auswüchse der organischen Staatslehre (Bluntschli!), nicht jedoch diese selbst.

namentlich Dilthey, Windelband, Rickert, Eucken. Für das eine Gebiet und den einen Forscher ist bald dieser, bald jener von nachhaltigem Einfluß gewesen. Auch der Jurist Stammler hat in verwandter Richtung auf manche Kreise gewirkt. Das Kennzeichnende dieser Zeit und dieser Forschungen ist das gesteigerte Streben nach begrifflicher Klarheit bei Festhaltung der besten Traditionen der empirischen Forschung, aber auch die energischere Stellung der Frage nach dem Wert der historischen Erscheinungen und nach ihren großen Zusammenhängen und Gründen.

Um das Gesagte nur in einer Hinsicht an einem Beispiel etwas zu erläutern, so werden die Wirtschaftsstufen, die man als Glieder einer feststehenden historischen Entwicklung, als unabänderlichen Ausdruck eines starren historischen Gesetzes aufgefaßt und verwertet hatte, jetzt als Idealtypen verwertet, mit denen man die wirtschaftlichen Verhältnisse einer Zeit, eines Landes, eines Volkes messen und zur Anschauung bringen kann[1]. Damit fällt die Spannung zwischen Theorie und empirisch nachweisbaren Tatsachen fort, die gelegentlich einen Nationalökonomen, der seine Stufentheorie anders nicht meinte retten zu können, zu der Verlegenheitsausrede bestimmt hatte, ihm sei es gleichgültig, was die historische Forschung feststelle; das historische Material benutze er nur als Folie für seine theoretische Darlegung[2]. Indem wir auf die Annahme fester historischer Gesetze verzichten, entgehen wir solchen Verlegenheiten. Und indem wir das historisch Nachweisbare doch an begrifflichen Kategorien messen und nach ihnen beurteilen, entgehen wir der Gefahr, Stoffhuber zu werden oder zu bleiben. Die in diesem Sinn gebrauchte begriffliche Kategorie blendet uns nicht bei der Feststellung der Tatsachen, sondern erhellt unseren Blick. Natürlich behalten wir die Möglichkeit, je nach dem sachlichen Befund die ermittelten Stufen einer Zeit und eines Volkes auch als Abfolgen einer historischen Entwicklung zu deuten. Dieser Kampf für eine zweckmäßigere Verwertung der Kategorie der Wirtschaftsstufen ist nun eben gegen den Positivismus und Naturalismus oder wenigstens gegen solche Anschauungen geführt worden, die mehr oder weniger mit positivistischen und naturalistischen Vorurteilen

---

[1] Vgl. über die hierher gehörige Literatur meinen Artikel „Wirtschaftsstufen", Wörterbuch der Volkswirtschaft, 3. Aufl., und, ausführlicher, mein in kurzem erscheinendes Buch „Probleme der Wirtschaftsgeschichte".

[2] Vgl. darüber Eduard Meyer, Kleine Schriften, S. 85 ff.

verquickt waren[1]. Ein solcher Kampf war eben in diesem Sinne auch ein Kampf gegen die aus Frankreich und England importierte positivistische, naturalistische „Soziologie".

Noch ein paar Sätze zur Schilderung der neuen Bewegung mögen hier Platz finden. Von manchen Forschern dieser Generation läßt sich fast behaupten, daß sie im Kampf gegen den Positivismus geradezu aufgekommen sind, so von den Historikern Meinecke (der wesentlichen Anregungen von Dilthey und Eucken sich öffnete), Oncken, Rachfahl, die sämtlich — sie freilich nicht allein — im Kampf gegen die Geschmacklosigkeiten des deutschen Positivisten Lamprecht standen. Wer die neue Kunst der Biographie, zum Beispiel eben bei Meinecke, verfolgt, der weiß, daß hier die umfassendste Beobachtung der Gemeinschaftsbeziehungen, der äußeren, inneren, in Vergangenheit und Gegenwart verankerten Verästelungen der Beeinflussungen verfolgt, daß hier die Gemeinschaftsbeziehungen so in nie ruhender Zergliederung erforscht werden, daß kein technisch sogenannter Soziologe Ähnliches aufzuweisen hat; immer aber mit dem Resultat, daß die Individualität nie durch Inhalt und Wirkung der Gemeinschaftsbeziehungen aufgezehrt wird. Außerordentlich zahlreich sind die Untersuchungen über Entstehung, Ursprung, Ursachen der geschichtlichen Erscheinungen. Und in ihnen tritt wiederum das ernste Bemühen hervor, die Gemeinschaftsbeziehungen in der denkbar weitgreifendsten Art zu erfassen, in einer Untersuchung über die Ursachen der Rezeption des römischen Rechts in Deutschland zum Beispiel in die alten Jahrhunderte zurückzugreifen und festzustellen, wie eine unter anderem Gesichtspunkte geknüpfte Verbindung zwischen Deutschland und Italien später den Einzug des römischen Rechts in Deutschland beeinflußt hat, wie ferner die Zertrümmerung der deutschen Zentralgewalt im 11. und 13. Jahrhundert und die damit gegebene Selbständigkeit der vielen lokalen Gewalten Voraussetzungen der geringen Widerstandskraft Deutschlands gegenüber dem fremden Recht sind, wie aber noch in anderen Beziehungen der Zusammenhang zwischen Rechtsentwicklung und politischer Gewalt sich hier geltend macht, wie endlich der Umstand, daß Deutschland in der Rezeptionszeit nicht so große Juristen aufweist wie Frankreich, zum Teil unerklärliches Geheimnis bleiben mag, zum Teil jedoch auch wieder mit der Schwäche der deutschen Zentralgewalt und der Verkümmerung seiner gerichtlichen Einrichtungen zusammenhängt. Ge-

[1] Vgl. vorhin S. 24 Anm. 2 und meine „Probleme der Wirtschaftsgeschichte".

denken wir schließlich des lebhaften Streits über Wesen und Ursprung des kapitalistischen Geistes, wie er zwischen Max Weber und Tröltsch einerseits, Rachfahl und Brentano anderseits — keiner von ihnen ist Positivist — ausgefochten worden ist: auch er stellt eine ganz soziologische Untersuchung ohne positivistische Soziologie dar. Ich möchte mein Urteil dahin zusammenfassen, daß der gesteigerte wissenschaftliche Ernst und die gesteigerte geistige Regsamkeit die großartige Ausbildung der Erforschung der Gemeinschaftsbeziehungen, mit ihrer umfassenden Berücksichtigung aller denkbaren Faktoren, hervorgebracht haben, während die Trägheit und das Unvermögen dahin führen, die geschichtlichen Erscheinungen möglichst auf ein paar allgemeine Kräfte zurückzuführen und als Folgen oder Ausdruck starrer historischer Gesetze anzusehen[1].

Wenn aber dies der Stand der Dinge ist, wenn die deutsche Forschung realistischen Sinn in der gesunden Bedeutung des Wortes mit dem Bestreben, die überindividuellen Faktoren aufzuspüren, Wertgesichtspunkte herauszufinden, den Zusammenhang der Dinge zu ergründen, vereinigt[2], so liegt doch wahrlich kein Anlaß vor, sie zugunsten eines anderweitigen wissenschaftlichen Betriebes zurückzustellen. K. H. Becker weiß uns in seiner Schrift „Gedanken zur Hochschulreform“ S. 9 zu erzählen: „Deutschland ist in dieser Wissenschaft (der Soziologie) ins Hintertreffen geraten. Soziologie entspricht eben nicht dem deutschen Denken, weil sie überhaupt nur aus Synthese besteht.“ Über diese letztere verworrene Begründung, daß Soziologie nur aus Synthese besteht, werden wir uns sogleich noch ausführlicher zu äußern haben. Wie aber verhält es sich mit der Behauptung, daß Deutschland in der Soziologie „ins Hintertreffen geraten“ ist? Das Gegenteil ist der Fall. Die menschlichen Gemeinschaftsbeziehungen sind in Deutschland so umfassend, so gründlich, so erfolgreich erforscht worden wie in keinem anderen Lande.

---

[1] Um noch einige Notizen hier anzuknüpfen, so sei verwiesen auf: Adickes, Deutsche Literaturzeitung, 1901, Nr. 11, Sp. 653 (Bedeutung des individuellen Faktors für die Entwicklung der Philosophie); ebenda 1905, Nr. 42, Sp. 2570; W. Bauer, Mitteilungen des Instituts f. österreich. Geschichtsforschung, Bd. 37, S. 134 ff.; Frhr. v. Freytag-Loringhoven, Die Macht der Persönlichkeit im Kriege, Studien nach Clausewitz (1905).

[2] Es ist sonderbar, daß gelegentlich noch immer behauptet wird, die realistische Geschichtschreibung stamme aus dem „Westen“, von Comte usw. Vgl. dagegen neuerdings Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgesch. Bd. 15, S. 88. Der Positivismus stammt aus dem Westen; er ist aber nicht identisch mit gesundem Realismus.

In einem Buch, das die Soziologie lebhaft empfiehlt, findet man den Satz: „Die Soziologie, die sich anheischig macht, das geschichtliche Leben mit den Methoden der Naturwissenschaft zu meistern, historische Gesetze aufzustellen, das Individuum als Faktor der geschichtlichen Entwicklung auszuschalten — sie kann uns nicht geben, was wir suchen; sie wiederholt, weit entfernt davon, das fragliche Verhältnis zu klären, eben die Einseitigkeit der Auffassung, die den Sachverhalt unkenntlich macht[1]." Im Gegensatz zu dieser Soziologie stellt der Verfasser eine andere, die er außerordentlich hoch stellt, die in Deutschland ausgebildete, wie er denn durchweg in seinem Buch Resultate deutscher Forschung verwertet. Die von ihm verworfene Soziologie ist aber diejenige, welche in Frankreich heimisch ist, in Deutschland dagegen in wissenschaftlichen Kreisen so gut wie gar nicht vertreten wird, von Gumplowicz und Lamprecht vertreten wurde und noch heute die offizielle Auffassung des Sozialismus ist. Von dieser Soziologie darf man gewiß sagen, daß sie „nicht dem deutschen Denken entspricht". Will Becker sie uns Deutschen aufdrängen? Die Errichtung von Professuren der Soziologie würde, wenn sie durchaus mit Sozialisten besetzt werden sollen, der in jenem Buch mit Recht verdammten Soziologie auf deutschem Boden größere Verbreitung verschaffen, aber eine schlimme Reaktion bedeuten, die Früchte ehrlicher und gründlicher wissenschaftlicher Arbeit beeinträchtigen, den gesunden Gang der Forschung stören, uns, im ganzen genommen, ein Stück der gewonnenen Erkenntnis zurückwerfen.

Doch das will Becker wohl nicht. Er hat hat sich freilich nicht klar gemacht, was die deutsche Forschung geleistet und wie sehr ihr gegenüber die ausländische Forschung und die sozialistische Literatur ins Hintertreffen geraten sind. Wir dürfen geradezu sagen: es ist unser Unglück, namentlich auch unser politisches Unglück, daß die breiten sozialistischen Kreise sich ganz ablehnend und blind gegenüber dem verhalten haben, was die deutsche wissenschaftliche Forschung in

---

[1] Th. Litt, Geschichte und Leben, S. 47. Der Begriff, den Litt von der Soziologie hat, ist übrigens kaum klarer als der, den Becker hat. Aber es verdient doch Anerkennung, daß er zwischen Soziologie und Soziologie unterscheidet und nur die empfiehlt, die die der deutschen Forschung ist, und alle diejenigen, die in jahrelangem Kampf gegen die positivistische Soziologie gestanden haben, müssen es lebhaft begrüßen, daß hier in einem für weitere Kreise bestimmten Buch ihr so energisch der Laufpaß gegeben wird. Zur Kritik von P. Barth, Die Philosophie der Geschichte als Soziologie, Bd. I, vgl. Braun, Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgesch. 15, S. 94 ff. Siehe auch meine „Probleme der Wirtschaftsgeschichte" S. 3.

bezug auf die menschlichen Gemeinschaftsverhältnisse festgestellt hatte. Indem sie ihre positivistischen, naturalistischen Dogmen festhielten, zeigten sie sich unfähig, die Gemeinschaftsverhältnisse zu ordnen, als ihnen die Herrschaft im Staate zufiel. Leider müssen wir hinzufügen, daß auch manche von denen, die an der deutschen wissenschaftlichen Forschung teil hatten, im Zusammenhang mit den veränderten Zeitverhältnissen heute Neigung zeigen, die Leier des Positivismus zu spielen. Das bleibt also von vornherein ein Fehler der preußischen Universitätsverwaltung, daß sie sich diese Dinge nicht klar gemacht hat und darum das Unerfreuliche zu befördern bestrebt ist.

Was aber ist Beckers direktes Ziel? Er will die „Synthese" befördern, und zwar in dem Sinn, daß sie der Politisierung der Staatsbürger dienen soll. Und dieses Ziel wird nach Becker am besten erreicht durch „soziologische Lehrstühle, die für alle Universitäten eine dringende Notwendigkeit sind".

Um darzutun, daß wir dringend der Synthese von der angegebenen Art bedürfen, entwirft Becker ein abstoßendes Bild von dem gegenwärtigen wissenschaftlichen Betrieb der deutschen Universitäten. Wenn das Urteil darüber, ob der wissenschaftliche Betrieb gut oder schlecht ist, gewiß immer subjektiven Spielraum behält, so können wir bei Becker jedenfalls feststellen, daß er sich ungenügend unterrichtet zeigt. S. 12 lesen wir zum Beispiel: „Das vorige Jahrhundert war für die deutsche Geisteswissenschaft ein Zeitalter der Historie. Noch heute leiden wir unter den Folgen. Die großartige historische Kraft Schmollers hat unsere Volkswirtschaftslehre auf ganz verhängnisvolle Bahnen gebracht. Seine Schule ließ die synthetischen Versuche der sogenannten politischen Historiker als Dilettantismus erscheinen. Politik als Wissenschaft starb aus." Becker scheint gar keine Ahnung von dem Kampf, der gegen Schmoller geführt worden ist, zu haben: Schmoller ist ja heftig als ethisch-politischer Nationalökonom angegriffen worden, von solchen, die einen anderen politischen und sozialpolitischen Standpunkt haben, und von solchen, die eine von ethischen Werturteilen freie Nationalökonomie fordern. Er steht so wenig im Gegensatz zu den „synthetischen Versuchen der sogenannten politischen Historiker", daß er diese vielmehr auf wirtschaftsgeschichtlichem Gebiet fortsetzt. Man kann ihn ja als nationalökonomischen Testamentsvollstrecker des großen politischen Historikers J. G. Droysen auffassen. Und seine Betrachtungen über die preußische Verwaltung, das preußische Königtum und Beamtentum des 18. Jahrhunderts sind von den politischen Historikern sehr willkommen geheißen worden.

Derjenige Historiker ferner, der unter denen, die Schmollers Einfluß erfahren haben, ihm am nächsten steht, Otto Hintze, hat „Historisch-politische Aufsätze" veröffentlicht, die Becker, falls er sie lesen wollte, zu dem Bekenntnis veranlassen würden, daß er sich einer strafwürdigen Unwissenheit schuldig gemacht habe. Da wir vorhin von den Wirtschaftsstufen gesprochen haben, so sei hier ferner angemerkt, daß Schmoller eine Stufentheorie aufgestellt hat, welche uns deutlich zeigt, wie sein Hauptinteresse der politischen Entwicklung, der Beeinflußung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Staat galt. Neuerdings ist seine Stufentheorie bezeichnenderweise durch den wahrlich nicht unpolitischen Nationalökonomen Plenge erneuert worden[1]. Wenn ich vielfach mit Schmoller in Fehden gestanden habe, so waren diese stets rein wissenschaftlicher Natur, während ich sie mit einem gewissen inneren Bedauern geführt habe, weil mir seine politische Auffassung, die er ja deutlich genug zum Ausdruck brachte, durchaus sympathisch war. Für das allbekannte Werk „Deutschland und der Weltkrieg", das doch gewiß den Beweis liefert, daß deutsche Universitätslehrer der Politik nicht fern stehen, daß sie Sinn und Verständnis für die großen Aufgaben der Zeit besitzen, daß sie sich auf „Synthese" bester Art verstehen (an dem auch Becker selbst mitgearbeitet hat!), hat Schmoller einen Beitrag geliefert, der mit vollem Recht als eine „synthetische Darstellung (nicht bloß ‚Versuch') eines politischen Historikers" bezeichnet werden und ein vortreffliches Kapitel für ein Lehrbuch der „Politik als Wissenschaft" liefern kann. Als ich dieses Werk rezensierte und an Schmollers Beitrag einige wissenschaftliche Ausstellungen machte, habe ich mir nicht träumen lassen, daß ich noch einmal in die Notwendigkeit kommen würde, Schmoller und seine Schule gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß sie „Politik als Wissenschaft" habe sterben lassen. Ich bitte Becker dringend, diejenigen Schüler Schmollers aufzuzählen, welche eines solchen Mordes verdächtig sind. Wenn man an den Mitarbeitern jenes Werkes Kritik üben will, so wäre es nur die, daß sie zum Teil heute das Gegenteil sagen von dem, was sie dort gesagt haben[2] (eine solche Wandlung berührte ich ja schon vorhin; s. S. 29). Schmoller aber würde heute nichts von dem, was er dort gesagt, zurückgenommen haben. Sein letztes öffentliches Hervortreten war ein entschiedener Protest gegen

---

[1] Vgl. hierzu oben S. 25 Anm. 1.

[2] Vgl. die Zusammenstellungen früherer und späterer Äußerungen in der Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung", Jahrg. 1919, S. 369 ff.

die willkürlichen Geschichtskonstruktionen, mit denen der spätere Reichsminister a. D. Preuß über das preußisch-deutsche Staatswesen hergefallen war. Ich hatte damals den Eindruck, daß es nicht notwendig gewesen wäre, so weit aufs politische Gebiet überzugehen, wie Schmoller es tat; rein wissenschaftlich waren ja Preuß' Konstruktionen leicht zu erledigen. Die Auseinandersetzung liefert aber eben auch einen bezeichnenden Beweis dafür, ein wie eminent politisches Interesse Schmoller bis zu seinen letzten Tagen bewahrt hat. Wenn ich hier den Vorwurf Beckers ausführlich zurückgewiesen habe, so geschah es erstens, um zu verhindern, daß die Behauptungen des Referenten für die preußischen Universitäten die Unterlage für eine zu beanstandende Universitätspolitik bilden, zweitens, um der ganz falschen Schilderung, die er von der deutschen Nationalökonomie und insbesondere von dem früheren Herausgeber dieses Jahrbuchs gibt, einfach als Historiker entgegenzutreten; drittens aber dienen meine kritischen Bemerkungen ja zugleich auch als tatsächliche Feststellungen dafür, daß die deutschen Universitäten mehr leisten, als das preußische Kultusministerium zu deklarieren heute für gut findet. Jedermann weiß, daß Schmoller und seiner Schule Vernachlässigung der nationalökonomischen Theorie und Dogmatik vorgeworfen worden ist. Sollte Becker etwa durch Hörensagen davon etwas wissen und dann Theorie und Politik verwechselt haben?

Nachdem Becker erklärt hat: „Politik als Wissenschaft starb aus", fügt er vernichtend hinzu: „und Kjellen konnte — ist es nicht eine Ironie? — als Bahnbrecher auf neuen Wegen erscheinen". Das ironische Lächeln stellt sich hier doch wohl mehr auf unseren Lippen ein. Wenn Becker in Kjellens Schriften nur etwas geblättert hätte, so würde er bemerkt haben, daß Kjellen wesentlich mit den Ergebnissen deutscher Forschung arbeitet. So wenig man die Originalität Kjellens bestreiten wird, so wird doch ebenso niemand bestreiten, daß sein System sich durchaus in der Linie der deutschen Forschung hält, und zwar derjenigen, die die berechtigte preußisch-deutsche Eigenart gegenüber dem westmächtlichen Typus festgestellt hat. Man darf ohne Übertreibung sagen: ohne Ranke, Droysen, Treitschke, Schmoller, O. Hintze kein Kjellen. Natürlich ist mir das Lob Kjellens, das Becker singt, an sich höchst sympathisch. Ich fürchte aber der politischen Parteinahme verdächtigt zu werden, wenn ich hier weiter sein Lob singen wollte, da er sich in der praktischen Politik ganz und gar an die Stelle gestellt hat, die ich mit meinen politischen Parteigenossen einnehme.

Neben dem Vorwurf der unpolitischen Haltung macht Becker den Universitätslehrern auch den des einseitigen Spezialistentums. Wir kommen darauf zurück. Hier nur zu Schmoller die Bemerkung, daß man Schmoller wegen zu geringer Beschränkung auf sein Fach getadelt, seine „allgemeine Volkswirtschaftslehre" tadelnd eine allgemeine Kulturgeschichte genannt hat. Er wollte ganz bewußt mehr als Fachmann sein. Einem nachgelassenen Werk hat sein Verleger einen Prospekt beigegeben, in dem er als „Ethiker, Soziologe, Historiker, Volkswirt und Politiker gleicherweise" bezeichnet wird, und dies ist ganz im Sinne des Verstorbenen geschehen[1].

Seinem Bericht über die Mordtaten Schmollers und seiner Schule fügt Becker die Sätze bei: „Auf juristischem Gebiet ist es ebenso gewesen. Noch heute gilt im Kreise der großen historischen Rechtsschulen die Beschäftigung mit dem geltenden Recht als eigentlich nicht ganz wissenschaftlich, und ohne einen dicken Wälzer über Zustände vergangener Jahrhunderte gilt niemand als professorabel für das BGB." Das ist natürlich ein schlimmes Zerrbild, das Becker hier entwirft, oder vielmehr etwas Schlimmeres noch als ein Zerrbild. Becker will das Spezialistentum in der Wissenschaft bekämpfen und tadelt diejenigen, die die Spezialisierung auf das BGB. für unberechtigt halten! Denn nichts anderes ist es doch eben, wenn man verlangt, daß ein guter Jurist nicht bloß über das BGB. geschrieben haben soll. Tatsächlich steht es ja aber auch gar nicht so, daß die Fakultäten nur solche Leute vorschlagen, die „dicke Wälzer über Zustände vergangener Jahrhunderte" aufzuweisen haben. Falls es sich wirklich so verhielte, so stände es um die Förderung unserer rechtsgeschichtlichen Studien weit günstiger, als es tatsächlich steht. Solche „dicken Wälzer" wären uns sehr willkommen. Vielleicht macht Becker statistische Angaben über die beförderten Juristen. Indessen die Verteidigung der Spezialisten des BGB. hat in diesem Zusammenhang ja keinen Sinn. Becker verlangt doch Pflege der Politik als Wissenschaft; was soll das dabei? Die Erwähnung der Rechtswissenschaft hätte Becker doch Anlaß geben sollen, zu bekennen, daß seine Behauptung „Politik als Wissenschaft starb aus" ganz grundlos ist. Die Arbeiten von Jellinek und Richard Schmidt bis zu Anschütz und

---

[1] Vgl. Gustav Cohn, Göttingische Gelehrte Anzeigen 1919, S. 230. Zur gründlichen Widerlegung des von Becker entworfenen Bildes sei auf Schumacher, Gustav von Schmoller, in Technik und Wirtschaft, August 1919, sowie Spiethoff, Gustav von Schmoller, in Schmollers Jahrbuch 1918, S. 11 ff. verwiesen.

Stier-Somlo liefern in „dicken Wälzern" und dünnen Heftchen den Beweis, daß Politik, allgemeine Staatslehre, allgemeines Staatsrecht recht viel gepflegt werden. Und wer nicht bloß auf die Titel der Schriften achtet, sondern vornehmlich nach dem Inhalt fragt, der weiß, daß zum Beispiel bei Binding und Triepel recht viel für Politik als Wissenschaft zu holen ist. Manche neueren Schriften aus dem Gebiet der Politik, allgemeinen Staatslehre und des allgemeinen Staatsrechts sind freilich den vorherrschenden politischen Neigungen des großen Haufens unbequem, so außer einigen von den genannten Autoren die tief eindringenden Werke des Nationalökonomen Hasbach (übrigens eines Schülers von Schmoller) über Demokratie, parlamentarische Regierung usw.

Becker fährt fort: „Derselbe Zustand auf philologischem Gebiet. Die Sprachgeschichte, der historische Lautwandel beherrscht das gelehrte Interesse." Zum mindesten hätte er hinzufügen sollen, daß die Literaturgeschichte mit gleichem Eifer gepflegt wird. Was soll denn aber die Philologie sonst noch treiben? Erfüllt sie denn nicht mit jenen Dingen ihren Beruf? Wir dürfen indessen feststellen, daß sie heute in der Ausdehnung ihrer Studien, in umfassenden Ausblicken mehr als je leistet. Der Zusammenhang mit dem öffentlichen Leben wird von ihr in vollem Maß erfaßt. Die Arbeiten von U. v. Wilamowitz-Möllendorff liefern die inhaltreichsten Beiträge auch für das, was Becker am Herzen liegt, für die Politik als Wissenschaft. Aber auch Vertreter der neueren Philologie sind keineswegs bloß Sprachgeschichtler.

Becker klagt weiter den „Historismus" an. „Das Reich war durch Bismarcksche Machtpolitik begründet; auf dem so geschaffenen Grunde war der Aufschwung gekommen, die Weltgeltung in Sicht. Wer historisch dachte — und alle Gelehrten dachten historisch —, mußte daraus die Folgerung ziehen, daß ein Reich nur durch die Mittel erhalten werden könne, mit denen es begründet war." Zwar sei der von sozialistischer Seite erhobene Vorwurf, daß die Professoren „in egoistischem Instinkt den Interessen des Kapitalismus Vorspann geleistet hätten", unbegründet. Aber „der wissenschaftlich historische Sinn" der Professoren sei ihr Verhängnis; er mache sie blind für die aufsteigenden Kräfte einer neuen Zeit, für die Gegenwartsfragen. Zunächst kann ja gar nicht davon die Rede sein, daß der „Historismus" herrscht. Ganz abgesehen davon, daß in der Rechtswissenschaft und der Nationalökonomie die historischen Schulen überhaupt nicht mehr im Vordergrund standen, historische Studien und Historis-

mus sind nicht dasselbe! Zweitens besteht zwischen „historischem Sinn“ und Verständnis für die Gegenwartsaufgaben kein Gegensatz. Der richtig verstandene historische Sinn dient gerade dazu, die Erscheinungen der Gegenwart zu verstehen. Der Satz, daß ein Reich nur durch die Mittel erhalten werden könne, mit denen es begründet war, wird wohl Ewigkeitswert behalten. Unser Unglück ist es doch, daß es uns an „Bismarckscher Machtpolitik“ gefehlt hat. Soll auf den Universitäten und Schulen nach sozialistischem Rezept gelehrt werden, daß ein Staat ohne Machtpolitik bestehen könne? Drittens haben sich die Professoren so wenig gegen die Gegenwartsfragen abgeschlossen, daß für die verschiedensten Tagesfragen Professoren zur Verfügung standen: für den Flotten- und Wehrverein ebenso wie für den Pazifismus, für Sozialpolitik, Bodenreform, Siedelungsfrage usw. Allerdings gab es kaum einen Sozialisten unter den Professoren, wenigstens unter denen, die sich mit Staat und Wirtschaft beschäftigen. Das lag jedoch nicht daran, daß sie kein Interesse für die soziale Frage besaßen (Verein für Sozialpolitik!), oder daran, daß etwa Sozialisten durch die Fakultäten von den Professuren ausgeschlossen wurden[1], sondern lediglich daran, daß es keine Sozialisten gab, die die erforderlichen wissenschaftlichen Leistungen aufzuweisen hatten. Wenigstens vom Deutschen Reich darf man behaupten, daß nie eine Fakultät einen Sozialisten wegen seines Sozialismus abgewiesen hat. Auf die Stellung der Regierungen einzugehen, habe ich keinen Anlaß, da Becker seine Kritik gegen die Professoren richtet.

In Anknüpfung an seine eben erwähnten Bemerkungen stellt Becker dann geradezu komische Behauptungen über eine angebliche Stagnation der Universitäten auf. Zum Beispiel: „Gerade die Tüchtigkeit für das Fach wurde zum Verhängnis für das Staatsbürgertum der Professoren.“ Das sagt nicht ein den Universitäten fernstehender Journalist, sondern der Referent für die Universitäten! Nennen wir einmal einige von den Professoren, die ihr Staatsbürgertum zu starker Geltung gebracht haben: Mommsen, Wilamowitz, Gierke, Sohm, Binding, Ad. Wagner, Schmoller, Brentano, Lißt, Hertling, Dietrich Schäfer, Ed. Meyer, Roethe, Gothein,

---

[1] Es ist ein Märchen, daß einmal die Habilitierung eines jungen Historikers — der übrigens selbst später sich um ein anderes Fach bemüht hat — von einer Fakultät wegen seines Sozialismus verweigert worden sei; er konnte einfach nichts Wissenschaftliches aufweisen. Über die Frage des Physikers Arons hat kürzlich Professor Ed. Meyer in den Preußischen Jahrbüchern (Band 175) umfassende Aufklärung gegeben.

G. Kaufmann, Kahl, Max Weber, Meinecke, Fester usw. Diese Namen kennt jeder auch schon aus den Zeitungen. Sind sie nicht zugleich bekannte Fachleute? Und diese Fachleute, die ihr Staatsbürgertum kräftig zur Geltung bringen, gehören zudem den verschiedensten politischen Richtungen an. „Die akademische Konkurrenz war erbittert. Nur wissenschaftliche Produktivität bot Aussicht auf Fortkommen." Will das heutige preußische Ministerium wirklich nicht mehr „wissenschaftliche Produktivität" als entscheidende Voraussetzung für die Erlangung einer Professur ansehen? Dann sei es verflucht. Übrigens ist es nicht einmal richtig, daß nur auf Grund wissenschaftlicher Produktivität Professuren erlangt worden sind; man hat gelegentlich (auch von seiten der Fakultäten) auch den guten Dozenten bevorzugt, was freilich kaum je ohne Gewissensbisse geschehen ist. Althoff hat mir einmal gesagt, im Zweifelsfall — wissenschaftliche Produktivität oder Dozentenroutine — müsse jene unbedingt den Vorrang haben. Das sollte herrschender Grundsatz bleiben. Das jetzige Ministerium will offenbar eine dritte Kategorie einführen, die der staatsbürgerlichen Betätigung, und zwar will man diese Kategorie offensichtlich ohne irgendeinen Gewissensbiß handhaben. Da es bisher bei den Professoren nicht an staatsbürgerlicher Betätigung gefehlt hat und das Ministerium diese bei seiner Forderung staatsbürgerlicher Betätigung ganz ignoriert, so ist ferner anzunehmen, daß es Wert legt nicht auf staatsbürgerliche Betätigung überhaupt, sondern auf eine von besonderer politischer Richtung.

Man wird denen, die heute über die Rückständigkeit der Universitäten klagen, den betreffenden Ministerien und Parteien, nicht unrecht tun, wenn man behauptet, daß sie deshalb ihre Unzufriedenheit äußern, weil sie nicht genug Gegenliebe bei Professoren und Studenten finden[1]. Obwohl sie zufrieden sein könnten, da es doch nicht an Parteinahme zu ihren Gunsten bei Professoren und Studenten fehlt, so ist ihnen diese Parteinahme offenbar zu gering. Heute werden Universität und Schule immer gescholten, wenn eine Partei zu wenig Anhänger hat. Jedenfalls sind die Beweise, die für die angebliche Rückständigkeit der Universitäten angeführt werden, äußerst schwach. Wo man auch Beckers Schrift aufschlägt, überall

[1] Aufs deutlichste tritt dies Motiv in Aufsätzen „Die Universität in der Demokratie" hervor, die K. Wolzendorff in der „Frankfurter Zeitung" Nr. 586, 605, 625 veröffentlicht hat. Obwohl ihr sachlicher Wert sehr gering ist, so verdienen sie doch als Spiegelbild gewisser politischer Erscheinungen der Gegenwart Beachtung.

findet man eine grobe Verzeichnung. Im Zusammenhang mit der Schilderung des Rückganges der Universitäten für das Volksleben führt Becker als kräftigstes Beispiel für den ganzen Unterschied der Zeiten die lebhafte Sympathie, mit der die Begründung der deutschen Universität Straßburg 1872 im ganzen Volke aufgenommen wurde, einerseits und „das geringe Interesse, das die Wiederherstellung einer deutschen Universität Dorpat 1918 auslöste," anderseits an. Der wahre Grund des Unterschiedes liegt hier doch offen zutage. Die größte deutsche Partei (die Sozialdemokratie) wollte von irgendeiner Angliederung der baltischen Provinzen nichts wissen. Der Regierungskommissar Winnig rief in der Nationalversammlung am 4. Juli 1919 den Sozialdemokraten zu: „Ich kann mit dem Wort ‚Baltische Barone' nicht den Haß verknüpfen, den Sie damit verbinden." Dieser Haß war es, der die sozialdemokratische Partei von jeder Sympathie für Dorpat fern hielt. Andere Parteien stellten sich höchst kühl zu der Sache, und zwar sind diese mit der sozialdemokratischen diejenigen Parteien, deren Zwecken die Beckersche Schrift am meisten entspricht. Enthusiasmus für Dorpat zeigten dagegen solche Parteien, über deren Rückständigkeit jene klagen. Ganz besonderen Enthusiasmus aber fand die Wiederherstellung Dorpats gerade in den von Becker verlästerten Universitätskreisen. Ein Universitätsprofessor hat seine Bibliothek Dorpat vermacht! Beckers Rechnung stimmt also wieder nicht. Auf Seite 11 schildert Becker, wie in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts „die Pflege der Wissenschaft" auf den Universitäten einseitig betrieben wurde. „Fichte und Schleiermacher hatten die Universitäten zu Forschungsstätten gemacht" ... „Eine solche Geistesrichtung ist der Politik und dem öffentlichen Leben nicht günstig. Was etwa an ungebändigten wilden Trieben noch blieb, beschnitt oder erstickte die Reaktion." Das soll die Zeit bis 1848 sein! Die Universitäten, die Becker als „Forschungsstätten" tadelt, haben sich keineswegs von „der Reaktion ersticken" lassen! Weiß Becker gar nichts von Rotteck, Dahlmann, Gervinus, den Germanistenversammlungen, der riesigen Zahl von Gelehrten, die ins Frankfurter Parlament einzogen? Er muß selbst eine Einschränkung machen, wenn er fortfährt: „Das Mißglücken der achtundvierziger Bestrebungen (da müssen also doch Professoren beteiligt gewesen sein!) und die Erfüllung der Reichsidee durch die Reaktion (so nennt Becker nach jetzt modischer Weise das Werk Bismarcks!) und durch das preußische Schwert drängten die geistig arbeitenden Kreise immer

mehr aus dem Kampf des Tages in die Stille der Gelehrten-kreise ... Völliges Desinteressement an der Allgemeinheit, am Politischen." Hat Becker wirklich nie etwas von Max Duncker, Droysen, Sybel, Treitschke, den Aposteln Bismarcks, von Vertretern der Gegenseite, wie Mommsen, Hänel, Virchow, gehört? Ein geradezu leidenschaftliches „Interessement an der Allgemeinheit, am Politischen" hat sie beseelt. Becker fährt fort: „Bestenfalls noch innerpolitisches Interesse, aber außenpolitisches?" Die Apostel Bismarcks haben den Primat der äußeren vor der inneren Politik gelehrt! Wenn aber Becker etwa auf jüngste Verhältnisse anspielen will, so sind diejenigen zahlreichen Professoren, die in der jüngsten Zeit stärksten Eifer für die außenpolitischen Verhältnisse bekundet haben, gerade von den Kreisen bekämpft worden, die so viele Worte über die Rückständigkeit der Universitäten machen.

Es ist merkwürdig, daß Becker, der ja selbst früher in der wissenschaftlichen Forschung stand und an der von mir geschilderten Bewegung zur Verstärkung der Synthese erfreulichen Anteil nahm, jetzt die deutsche Forschung so grau in grau zeichnet. Man wird an das erinnert, was wir bei der Erwähnung Scherers bemerkten: daß sich gelegentlich ein feinerer Kopf einer brutalen gröberen Zeit-strömung unterordnet. Wenn man Beckers Deklamationen gegen die Universitäten als Forschungsstätten liest, seine Behauptung, daß eine beklagenswerte Spaltung zwischen Forscher und Lehrer bestehe, daß der, der „sich hauptsächlich als Lehrer fühlt, selten wissenschaftlich viel geleistet hat" (S. 78) — als ob nicht für die große Mehrzahl gerade der tüchtigen Gelehrten die Identität von Forscher und Lehrer charakteristisch ist (die meisten wissen und fragen gar nicht, ob sie mehr das eine oder das andere sind, weil sie eben beides gleich sind) —, so sollte man meinen, es existiere nichts Schlimmeres als die Forschung. Tatsächlich kommt in Beckers Schrift gar nicht zum Ausdruck, daß auch für das politische Leben die Forschung als unbefangene Forschung eine gewaltige Bedeutung hat. Die heutigen Parteien und vor allem diejenigen, die die Universitäten so heftig anklagen, verlangen von ihnen politische Dienste im Interesse der Partei. Demgegenüber haben wir nachdrücklich geltend zu machen, daß die Hauptleistung, die die Wissenschaft dem politischen Leben zur Verfügung stellen kann, die Reinigung von Parteiinteressen, von überlieferten politischen Vorstellungen, die Anregung zur Selbst-prüfung, die Erhebung über das Momentane, die Pflege des Sinns für das in der Entwicklung Wesentliche und Wichtige ist. Diese

staatsbürgerliche Funktion können die Universitäten aber nur erfüllen, wenn in ihnen auf „die Tüchtigkeit des Fachs“ das entscheidende Gewicht gelegt wird, welche freilich nach Becker „zum Verhängnis für das Staatsbürgertum der Professoren“ geworden sein soll!

Becker klagt weiter, daß, wenn jemand „in den Genuß einer gesicherten Pfründe“ gekommen war (dies Bild gebraucht der ehemalige Ordinarius!), dann bei ihm manchmal „die wissenschaftliche Schaffenskraft erlosch; die Energie war verbraucht“. Es gibt in der Tat Fälle, daß jemand, nachdem er Ordinarius geworden war, verstummte. Neu ist es aber, daß dies die Folge davon sein soll, daß „nur wissenschaftliche Produktivität“ den Anspruch auf Professuren verlieh. Das Verstummen ist vielmehr bei solchen eingetreten, deren Produktivität von Haus aus schon nicht ganz echter Art war.

„Der Beamtencharakter und die Unabsetzbarkeit befreiten den Akademiker nach erreichtem Ziel von dem heilsamen Stachel wirtschaftlicher Nötigung.“ Mit diesem Satz kann man sehr gut die Nichtordinarienbewegung bekämpfen, die ja in ihrem Effekt darauf hinauskommt, durch Verleihung des Beamtencharakters und finanzielle Sicherung schon den jüngsten Dozenten „von dem heilsamen Stachel wirtschaftlicher Nötigung“ zu befreien. Der Unterschied ist aber der, daß man bisher die Befreiung erst nach erreichtem Ziel, das heißt nach ausgiebiger wissenschaftlicher Betätigung vornahm, während sie auf Grund der Nichtordinarienbewegung schon bei der Aufweisung der ersten wissenschaftlichen Proben vollzogen wird. Will Becker aber die Unabsetzbarkeit des Ordinarius ändern? Die Altersgrenze, die an sich empfohlen werden mag, ist kein Gegensatz zu ihr.

Becker schwingt sich auch dazu auf, etwas geistreichen Spott zu versuchen. „Bei ruhiger Arbeit oder voller Muße [!] ohne aufreibende öffentliche Tätigkeit wird man alt. Monarchen und Universitätsprofessoren sollen in der Berufsstatistik mit die höchste Lebensdauer aufweisen ... Auch im gesellschaftlichen Leben haben wir Professoren uns nicht genügend freigehalten von den Unsitten der Vorkriegszeit, — auch für unser Gesellschaftsleben wurde leider der Kommerzienrat bestimmend“ („Abkapselung nicht nur gegen die Volksgemeinschaft, sondern auch gegen andere gebildete Stände“ usw.).

Mit solchen Bemerkungen begibt sich Becker doch schon auf das Gebiet des Klatsches. Man hat wohl gelegentlich von guten Diners in diesem oder jenem Professorenkreis gehört. Ich kann meinerseits aber nur versichern, daß mir von den fünf Universitäten, die ich aus eigener Anschauung kenne, kein einziger Fall von irgendwelcher ge-

sellschaftlichen „Abkapselung“ bekannt ist, und genug andere würden meine Beobachtung bestätigen. Der Bemittelte und Unbemittelte werden gerade in Universitätskreisen gleich angesehen.

Der Leser wird aber bereits ungeduldig werden. Ich will ihn denn auch nicht mit der Zergliederung weiterer Proben der Beckerschen Einsicht behelligen. Es genügt zu sagen, daß Becker die Universitätsverhältnisse grau malt, um seine Behauptung zu stützen, daß die Universitätsprofessoren unpolitisch oder direkt politisch töricht, den großen Fragen der Gegenwart abgewandt sind, daß ferner die Synthese in der deutschen Wissenschaft fehlt und das engherzigste Spezialistentum[1] herrscht. Nach dem vorhin Gesagten ist es ja klar, daß Beckers Sätze nicht ernst genommen werden dürfen. Leider aber sind sie, da es sich um einen ehemaligen Professor und den Leiter des preußischen Universitätswesens handelt, teilweise ernst genommen. So führte mir gegenüber ein Kollege den Satz, der, wie ich zugebe, noch immerhin passabel ist, an (S. 54): „Die Professuren für Sanskrit und Ägyptologie werden in einigen Jahren überhaupt nicht mehr zu besetzen sein“, weil sie nämlich finanziell wenig einbringen. Verkehrt ist natürlich auch dieser Satz. Denn diese Professuren haben früher nicht mehr als heute eingebracht. Becker als Mitglied des Kultusministeriums hätte an einen anderen Grund denken müssen, wenn die Zahl der Anwärter für solche Fächer abnimmt: die Verminderung der Zahl der Gymnasialabiturienten. Vor allem indessen ist es erweislich falsch, zu behaupten, daß die Wahl der gelehrten Berufe je nach dem finanziellen Ertrag erfolgt. Es besteht zum Beispiel ein Mangel an juristischen Privatdozenten, obwohl die juristischen Professuren finanziell viel abwerfen, während für Theologie und die Fächer der philosophischen Fakultät sich erheblich mehr Privatdozenten

---

[1] S. 3 behauptet Becker: „Auf gelehrtem Gebiet wird . . . jedes Übergreifen (auf ein anderes Gebiet) sofort als Dilettantismus gebrandmarkt.“ Natürlich ist das Gegenteil der Fall. Wenn allerdings jedes dilettantische Übergreifen kritisiert werden muß, so wird doch das erfolgreiche „Übergreifen“ aufs lebhafteste begrüßt. Ich bin zum Beispiel wegen meiner „Übergriffe“ von zwei Fakultäten zum Ehrendoktor ernannt worden, und ich bin ja nicht das einzige Beispiel solcher Fälle. Nach Becker sind ferner diejenigen, die „die Spezialgebiete meisterhaft zusammenzufassen verstehen, nicht Forscher, sondern Unternehmer“. Er ignoriert wieder die Tatsachen. Ein reiner Unternehmer kann wohl Leute zusammentrommeln, aber nicht Sachen zusammenfassen. Es ist auch nicht wahr (S. 3), daß Zusammenfassungen „nicht innerer wissenschaftlicher Nötigung von Gelehrten entsprungen sind“. Ich weiß von vielen und von mir selbst, daß sie dieser entstammen.

einstellen. Innerhalb der philosophischen Fakultät hat die Geschichte mehr Anwärter als die deutsche, die englische und die romanische Philologie, sehr viel ferner die Philosophie. Finanzielle Gründe kommen hier gar nicht in Betracht. Aber es lassen sich hier sehr interessante Beobachtungen über wissenschaftliche Bewegungen machen, die freilich unserem Universitätsreferenten ganz fern zu liegen scheinen. Doch wir wollen nicht weiter ins Einzelne gehen. Weisen wir nur die Behauptungen Beckers im allgemeinen zurück.

Durchaus unrichtig ist es, daß die Synthese in der heutigen deutschen Wissenschaft fehlt. Wir nehmen vielmehr einen starken Zug zur Synthese seit längerer Zeit schon war. Wenn man in dieser Beziehung die Dinge messen will, so kann es selbstverständlich nicht entscheidend sein, ob Bücher mit Titeln zusammenfassender Art in genügender Menge vorliegen. Tatsächlich hat auch deren Zahl zugenommen. Aber das wäre noch nicht enscheidend; es könnte sich ja hinter einem zusammenfassenden Titel eine unsynthetische Kompilation verbergen. Entscheidend ist, daß gerade in den Einzeluntersuchungen der Drang nach Synthese sich mächtig kundgibt. Um hier ein paar Arbeiten aus meinem Fach zu nennen, so wird der Unkundige hinter F. Kerns „Französischer Ausdehnungspolitik" (um 1300) und W. Andreas' „Badischer Verwaltungsgeschichte im 19. Jahrhundert, Teil I" Arbeiten des verachteten Spezialistentums wittern. In Wahrheit sind dies Darstellungen, die zwar auf minutiöser Kleinarbeit beruhen, aber nicht trotzdem, sondern eben deshalb eine großartige Synthese zeigen; Werke, denen aus der Zeit, die vielleicht Becker als goldenes Zeitalter erscheint, nichts von verwandter Art an die Seite gestellt werden kann. Ich gedenke hier ferner eines jungen Fachgenossen, der sein Leben im Krieg dem Vaterland zum Opfer gebracht hat, des Göttinger Privatdozenten Hans Niese: seine Arbeiten über die staufische Zeit zeigen die echte Synthese, die ein begabter Forscher aus sorgsamer Kleinarbeit zu gewinnen weiß. Soeben kommt mir aus dem neuen Werk „Altertum und Gegenwart" der Aufsatz „Kunst" von meinem archäologischen Kollegen L. Curtius zu — ein wahrhaft klassisches Zeugnis dafür, mit welcher Inbrunst und mit welchem Erfolg gerade die echten Wissenschaftler von heute auf die Synthese ausgehen, das Ineinander der Jahrhunderte verfolgen, das Werden und Vergehen in ihren Wirkungen und ihren Ursachen, nicht weniger in ihren Verbindungen aufzuspüren suchen; nebenbei die denkbar beste Art von soziologischer Betrachtung; denn auch die Kunstformen darf der, der das Verhältnis des Einzelnen zu seiner Gemeinschaft

untersucht, nicht vernachlässigen. Und um sogleich an eine andere Schrift von verwandtem Zweck aus jüngster Zeit anzuknüpfen, so bietet mein philologischer Kollege Otto Immisch in seinen Vorträgen über „das Nachleben der Antike“ [1] dem breiten Kreis der Studierenden eine ebenso anschauliche wie lehrreiche Synthese, wobei ich privatim hinzufüge, daß Immisch von hier aus den staufischen Forschungen von Niese emsiges Interesse widmet. Es ist aber, wie bemerkt, die erfolgreiche Neigung zur Synthese ein durchgehender Zug der heutigen deutschen Wissenschaft. Mit etwa dem Ausgang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts setzt ein neuer Aufschwung der deutschen Wissenschaft, wohl auf allen Gebieten, ein. Für meine Fachwissenschaft habe ich diese Aufwärtsbewegung — wie ich glaube, keineswegs zu optimistisch — an anderer Stelle [2] geschildert, und für die anderen Disziplinen dürfte sie sich gleichfalls nachweisen lassen. Sie wird auch über den Krieg hinaus sich erfreulich entwickeln, wenn nicht die jetzt unserer Kultur im allgemeinen drohenden Gefahren sich übermächtig geltend machen und Eingriffe der Verwaltung die gesunde Entfaltung stören. Kennzeichen dieser Aufwärtsbewegung sind: Expansion der Studien, Schaffung immer neuer Arbeitsgebiete, darum Erweiterung der Gesichtspunkte, trotz Zunahme der Spezialarbeiten sehr merkbarer und zwar erfolgreicher Zug zur Synthese, Bemühungen um Überwindung des Spezialistentums durch diesen allgemeinen Zug und durch Bearbeitung und Pflege der Grenzgebiete verschiedener Wissenschaften. Als erfreuliches Charakteristikum der wissenschaftlichen Bewegung unserer Zeit möchte ich noch die Energie hervorheben, mit der die Erschließung neuen Forschungsmaterials gerade auch für die Synthese nutzbar gemacht wird, wie wir es bei der Verwertung der Papyrusfunde von Seiten der Juristen und Philologen wahrnehmen.

Natürlich kommt es uns nicht in den Sinn, die Tatsache eines ausgebildeten, weitgehenden Spezialistentums und ihre Gefahren und

---

[1] Für den hier entfachten synthetischen Eifer ist auch bezeichnend die jüngste Darstellung von A. Dopsch (dazu Histor. Zeitschrift 120, S. 109 ff.).

[2] Siehe meine oben angeführte Schrift. Vgl. auch meine Schilderung der neuesten Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft in dem aus Anlaß der 25 jährigen Regierung Kaiser Wilhelms II. erschienenen Jubiläumswerk „Deutschland unter Kaiser Wilhelm II.“, Bd. 3 (1914), S. 1165 ff. Einen Beleg dafür, daß ich nicht zu optimistisch urteile, liefert auch die Schrift von Litt, welche überall die Erzeugnisse des starken synthetischen Zugs der deutschen Wissenschaft verwertet.

Nachteile irgendwie zu bestreiten. Es macht sich auf allen Gebieten, nicht blos in der Wissenschaft, heute geltend. Eindringlich hat kürzlich Schumacher in diesem Jahrbuch (S. 433 ff.) über das Spezialistentum, das Schicksal unserer Forschung, das darin liegt, gesprochen und mit Recht geklagt[1]. Aber es ist eben ein Schicksal unserer Forschung. In dem Stadium, zu dem sie — erfreulicherweise! — gelangt ist, läßt sich die Spezialisierung schlechterdings nicht vermeiden. Die Bemerkung, daß die Gründlichkeit die Begrenzung der Arbeit verlangt, daß die Vielseitigkeit gleichzeitige Tiefgründigkeit ausschließt, ist oft gemacht worden. Wenn diese Bemerkung immerhin einigen Einschränkungen unterworfen werden darf, so enthält sie doch leider viel Wahrheit. Bei dem Soziologen Simmel[2] findet man eingehende Betrachtungen darüber: die mit dem Fortschritt der Kultur unvermeidliche Arbeitsteilung bannt den einzelnen Träger und Anteilhaber dieser Kultur oft in eintöniges Spezialistentum, Beschränktheit und Verkümmerung: das Ganze ist um so vollkommener und harmonischer, je weniger der Einzelne noch ein harmonisches Ganzes ist. Die Werte des Ganzen und die seiner Teile entwickeln sich in umgekehrter Proportionalität zueinander. Die objektive Kultur feiert Triumphe; aber die Daseinsinhalte der Individuen sind und werden fragmentarisch! Wie können wir aber die Nachteile der Spezialisierung der Forschung überwinden? Helfen kann uns einmal die überragende Persönlichkeit, die mehr als der normale tüchtige Gelehrte zu leisten vermag. Es ist ein Geschenk Gottes, wenn solche Persönlichkeiten einem Volk in den Wissenschaften oder im Wirtschaftsleben, in der Technik oder in Politik und Heerführung und in der Kirche gegeben werden. Einiger Forscher aus den letzten Zeiten, die eine bewundernswerte Vielseitigkeit ohne Beeinträchtigung der Gründlichkeit bekunden, dürfen wir uns doch wohl auch rühmen. Sodann ist ein Hilfsmittel zur leidlichen Überwindung des Spezialistentums die erwähnte Pflege der Grenzgebiete verschiedener Wissenschaften, das bewußte Hinarbeiten auf Aufspürung entsprechender Berührungspunkte. Hiermit deuten wir ein drittes Mittel an, die allgemeine Betonung der Pflicht des Forschers, auf des Nachbars Gebiet zu schauen, vom Nachbarn zu lernen. Ein solches Pflichtbewußtsein vermag, wenn es mit Energie in die Tat umgesetzt wird, wohl auch

---

[1] Vgl. auch Schumacher, S. 433, über das Opfer einer allseitig gebildeten Persönlichkeit.

[2] Simmel, Philosophie des Geldes, S. 177, 477 ff.

dazu beizutragen, die Gaben vom Himmel herabzuholen, deren wir bedürfen. Eine verhängnisvolle Wirkung können dagegen äußere Verwaltungsmaßregeln üben. Nur wenn sie mit zartem Verständnis ausgewählt und angewandt werden, sind sie in der Lage, die Entwicklung zu fördern. Sonst sind sie Störung und Hemmung.

Gerade von diesem Gesichtspunkte aus möchte ich auf eine bemerkenswerte Äußerung meines Heidelberger Kollegen Hampe aus dem Jahre 1913 hinweisen[1]. Indem er einerseits den soeben von mir geschilderten „gesunden Zug zur Synthese, der als Rückschlag gegen ein übermäßiges Spezialistentum vor einem halben Menschenalter einsetzte", rühmt, wirft er anderseits die Frage auf, ob „unter der Überfülle der leichtgeschürzten, knappen Darstellungen die gründliche gelehrte Arbeit auf historischem Gebiete nicht bereits empfindlich leidet". Man vergegenwärtige sich, wie auf eine solche schon vorhandene Richtung die Neigung des hohen Ministeriums, zur Schau getragenen synthetischen Eifer durch Verleihung von Professuren zu prämiieren, wirken muß. Ist es Aufgabe der Behörden, den Wetteifer der leichten Schürzungen zu beflügeln?

Wie den Wissenschaftsbetrieb und die politische Haltung der Professoren belegt Becker, worüber ich schon eine Andeutung machte, auch die Universitätsverfassung mit seinem Tadel. Auch hier soll der Tadel die Notwendigkeit der in Aussicht genommenen Reformen begründen, aber zugleich offenbar Stimmung machen für jenes große Geschenk des Ministeriums, die soziologischen Professuren, das beste, was die Universität sich wünschen kann. Die Reform wird als etwas furchtbar ernstes geschildert. Es wird die Parallele mit der Geschichte des Wahlrechts in Preußen-Deutschland gezogen: sie „sollte uns eine Warnung sein, welchem Radikalismus man sich aussetzt, wenn man sich gegen zeitgemäße Neuerungen sperrt, so unbequem sie manchmal im Augenblick scheinen und so viel ‚erworbene' Rechte sie bedrohen" (S. 64). Es herrschen „oligarchische Organisationsformen" und „das formale Autoritätsprinzip" (S. 66). Wenn man solchen und ähnlichen Klagen begegnet, so meint man, daß Becker alles an den Universitäten umstürzen will. So böse ist er indessen nicht. Er gibt sogar zu, daß „die Erfüllung vieler

[1] „Deutsche Literaturzeitung" 1913, Nr. 42. Es sei ferner erwähnt, daß E. Tröltsch (Histor. Zeitschrift Bd. 120, S. 284) über „Übersynthesierung" klagt.

Privatdozentenwünsche nach halber oder ganzer Beamtung einen verhängnisvollen Erfolg haben würde" (S. 22). So bleibt denn nicht viel Raum für eine große Neuordnung. Man sieht nicht, weshalb so viel Klagen über „Obrigkeitsstaat", „Oligarchie" usw. angestimmt werden, wenn doch der Hauptsache nach die alte Organisation bestehen bleiben soll. Man vermißt aber überhaupt fruchtbare, neue Gedanken in dem ministeriellen Programm für die Reform der Universitätsverfassung. Etwas Aufguß von der Nichtordinarienbewegung; das ist alles. Das Ministerium will dieser Bewegung und den Wünschen des radikalen Teils der Studentenschaft entgegenkommen, sieht aber ein, daß das doch nicht ganz durchführbar ist, und behilft sich nun mit matten Kompromißvorschlägen. Doch die Gedankenarmut ist ja, wie der Rektor der Universität Berlin in seiner Festrede vom 3. August dargelegt hat, eine allgemeine Erscheinung des revolutionären Deutschlands.

Etwas von den Plänen Beckers für die Reform der Universitätsverfassung sei hier erwähnt. Den Eintritt der Extraordinarien und Abteilungsvorsteher in die Fakultäten bezeichnet Becker (S. 33 f.) als etwas außerordentlich Förderliches. Dadurch soll der Fakultät neues Leben mitgeteilt, sie wesentlich gehoben werden. Wir haben in Baden schon den Eintritt von Nichtordinarien in die Fakultäten. Etwas die Sache Förderndes ist es nicht; soviel wissen wir bereits aus der Erfahrung. Günstigstenfalls ist es etwas Unschädliches. Unsere Fakultätssitzungen sind seit dem Eintritt von Nichtordinarien etwas länger geworden; daß sie aber irgendwie neues Leben gewonnen haben, wird niemand behaupten. Natürlich gibt es auch genug Nichtordinarien, die die ganze Affaire mit der nötigen Ironie ansehen. Gegenüber der offenbar ehrlich gemeinten Verherrlichung dieser Neuerung, wie wir sie bei Becker finden, sei auf die mit feinem Witz geschriebene Kritik von Christoph Emeritus, „Hände weg von den Universitäten!" (Freiburg i. B., Speyer & Kärner) hingewiesen. Diese kleine Schrift mit ihren gesunden Lebensanschauungen zu lesen, fördert die Erkenntnis mehr als die Lektüre des Beckerschen Buchs. Es liegt mir natürlich fern, den Bemühungen für Lösung des schwierigen Problems, das insbesondere in der Stellung der Abteilungsvorsteher und Assistenten der medizinischen und naturwissenschaftlichen Institute liegt, die Bedeutung abzusprechen. Aber verkehrt ist es, die Nichtordinarienfrage mit einer Wichtigkeit zu behandeln, als ob davon das Blühen oder Welken der Universitäten abhänge. Die Hauptsache ist: nur tüchtige Kräfte

gehören in die Fakultäten. Die Tendenz, Leute unter Umständen nur deshalb in sie hineinzubringen, weil sie am Ort selbst aufwachsen, muß schädlich wirken[1].

Ganz schlimm steht es nach Becker (S. 39) mit der „Zulassung zur Habilitation". Er spricht von „einer Zufälligkeit und Subjektivität, die gen Himmel schreit". Er ist so gnädig, „das Urteil der Fakultät und des Fachordinarius nicht ganz ausschalten" zu wollen. Aber er verlangt, daß fortan „die Regierung" maßgebend mitwirkt. Wer als Vertreter der Regierung? Ad. Hoffmann? Hänisch? Becker? Ich habe zu Becker größtes Vertrauen, wenn es sich um orientalische Philologie handelt. Aber keineswegs, wenn er bei einer anderen Habilitation mitsprechen will, sei es, daß er selbst als Regierungsvertreter auftritt oder einen anderen als solchen bestellt. Denn sein Buch zeigt doch auf seiner Seite über Nationalökonomie, Geschichte usw. eine so schlechte Orientierung, daß man ihm nicht zutrauen darf, die richtige Wahl zu treffen. Sein Buch wird diejenigen, die etwa geneigt waren, der Regierung einen maßgebenden Anteil bei der Habilitation einzuräumen, von einer solchen Neigung entgültig zurückbringen. Lehrreich ist aber die Forderung einer Beschränkung der Selbständigkeit der Fakultäten zugunsten des Staats[2]. Man hat die Beobachtung oft in der Geschichte gemacht, daß die Demokratie, so lange sie sich in der Opposition befindet, als Verteidiger der Selbstverwaltungskörper auftritt, sobald sie aber die Herrschaft erlangt hat, die Selbstverwaltung einschränkt und der Zentralisation das Wort redet. Ein Recht des Staats, bei der Anstellung von Professoren, staatlicher Beamten, mitzuwirken, haben wir nie bestritten. Dagegen würde eine maßgebende Mitwirkung der Regierung bei der Habilitation der freien Privatdozenten formell wie sachlich unangebracht sein. Wenn wir einräumen, daß bei der Habilitation gelegentlich Mißgriffe vorgekommen sind, so würden sie sich bei dem Eingreifen einer unkundigen Regierung nicht vermindern, zumal die Regierung seit der Revolution eine Parteiregierung geworden ist. Die Frage, ob wir eine wahre

---

[1] Ich möchte mich nicht näher über die Stellung des badischen Ministeriums aussprechen, weil bei den jetzigen politischen Zuständen auch eine Verteidigung einer Behörde schaden kann, wie es im alten Rom nach der Schilderung des Tacitus der Fall war. So viel aber glaube ich doch sagen zu dürfen, daß das badische Ministerium mehr Zurückhaltung übt als das jetzige preußische.

[2] Wolzendorff kommt in seinen mit so großem Aplomb angekündigten „Reformvorschlägen" wesentlich auch nur auf die Forderung des stärkeren „Eingriffs von oben".

parlamentarische Regierung haben, wird bekanntlich verschieden beantwortet; jedenfalls haben wir eine bewußte Parteiregierung. Eine solche kann doch nur den Wunsch nach Stärkung der Selbstverwaltungskörper nahe legen. Wenn wir, wie eben bemerkt, die Mitwirkung der Regierung bei der Ernennung der Professoren nicht im mindesten bestreiten, so ist aus jenem Gesichtspunkt eine Verstärkung ihres Rechts nicht empfehlenswert. Becker fordert aber auch sie (S. 42 ff.). Wenn er indessen betont: „die Regierung wird ihre Entscheidung im öffentlichen Interesse treffen," so fürchten wir, daß dies „öffentliche" oft das Parteiinteresse sein wird, vielleicht nicht selten gegen den Willen des Universitätsreferenten. Was vermag jedoch ein einzelner Universitätsbeamter innerhalb einer Parteiregierung! Der Universitätsreferent sollte die Fakultäten als seine Bundesgenossen ansehen und nicht leichthin über „Fachpäpste" (S. 43) spotten. Wer kann sich der Heiterkeit erwehren, wenn Becker ausruft (S. 43): „Wir brauchen eine starke Regierung, die auch den Mut hat, gelegentlich gegen die sachverständigen Voten zu entscheiden!" Wir würden sagen: „. . . den Mut hat, gelegentlich gegen die politischen Parteiinteressen für die sachverständigen Voten einzutreten." Man denke an die sozialistischen Professoren und die soziologischen Professuren, die seit der Revolution eine Parteiforderung sind[1].

Die Mißgriffe, die bisher bei Habilitationen vorgekommen sind, bestanden wesentlich in einer zu milden Praxis, in einer zu leichten Eröffnung des Wegs zur Lehrtätigkeit. Diese milde Praxis war ohne schwerwiegende Folgen, so lange der Privatdozent sich ganz auf eigene Gefahr hin habilitierte. Jeder Fortschritt der Nichtordinarienbewegung steigert freilich die ungünstigen Folgen der milden Praxis weshalb man fortan die geltenden Bestimmungen schärfer zu handhaben sich genötigt sieht. Die Regierung, die bei der Habilitation mit sprechen will, wird anderseits durch die Natur der Dinge dahin kommen, eher ein Auge zuzudrücken als die Zulassung zu erschweren. Einen Rückschluß kann man schon daraus ziehen, daß die Regierungen (nicht bloß die preußische) seit der Revolution den Fakultäten nahe

[1] Näher auf das Verhältnis von Vorschlagsrecht der Fakultäten und staatlichem Ernennungsrecht einzugehen, ist hier nicht der Ort. Als Historiker weiß ich natürlich, daß das preußische Kultusministerium oft durch eine selbständige Entscheidung das richtige getroffen hat. Aber die neuesten politischen Zustände fordern gebieterisch eine Verstärkung des Rechts der Fakultäten.

gelegt haben, diesen oder jenen als Professor anzunehmen, der tatsächlich nicht vollwertig ist. Die politischen Verhältnisse haben sich eben bereits geltend gemacht. Und die Ausfälle Beckers gegen die „Forschungsstätten“ und zugunsten der allgemeinen soziologischen Professuren lassen ja auch manches ahnen.

Wir sehen hier den Zusammenhang zwischen den Beckerschen Plänen der Verfassungsreform, über die wir im vorstehenden einiges gesagt haben, und den soziologischen Professuren. Wenden wir uns jetzt zu diesem unseren engeren Thema zurück.

Ich bin in der Kritik der von Becker unternommenen Schwarzmalerei ausführlich geworden, um darzutun, daß sie durchaus unberechtigt ist. Für ihn aber hat sie den hohen Zweck darzutun, wie unentbehrlich, wie großartig wirksam die von Minister Ad. Hoffmann dekretierte Maßregel der Schaffung von soziologischen Professuren an allen Hochschulen ist. Damit wird der politische Stumpfsinn oder das „politische Desinteressement“ der Professoren beseitigt, die politische Bildung bei Professoren, Studenten und im ganzen Volk mächtig gefördert, die Synthese großartig geschaffen. „Soziologie besteht nur aus Synthese.“ Wir müssen nun leider wieder unsere ironische Miene annehmen und unserem Universitätsreferenten bescheinigen, daß die Soziologie, die er für „nur Synthese“, für die umfassendste Wissenschaft hält, nach der Auffassung der ernsten Vertreter dieser Disziplin eine — Spezialwissenschaft wie andere Spezialwissenschaften auch ist. Der Streit um die Berechtigung der Soziologie ist der Streit um die Frage, ob sie als Spezialwissenschaft anerkannt werden kann. Ist das nicht möglich, dann kann sie überhaupt nicht anerkannt werden. Universalwissenschaften gibt es natürlich nicht. Nur Dilettanten fabeln von einer Universalwissenschaft, wie etwa von einer allgemeinen Kulturwissenschaft oder allgemeinen Kulturgeschichte, die wohl alle Wissenschaften außer den naturwissenschaftlich-mathematischen umfassen soll. „Kulturgeschichte als eigene Disziplin gibt es nicht“ [1].

Soziologie ist aber nicht nur, nach der Ansicht ihrer ernsten Verteidiger, eine Sonderwissenschaft, sondern es spielen in der von dieser abgegrenzten Wissenschaft auch Spezialfragen die gleiche Rolle wie in anderen Sonderwissenschaften. Ja, die Auflösung in Spezial-

---

[1] So Tröltsch, Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 15, S. 90. Man lese die weiteren zutreffenden Bemerkungen, die er daselbst anknüpft.

fragen würde hier noch größer sein als anderswo. Nennen wir ein paar solcher einzelnen Themata, die schon behandelt worden sind: Soziologie des Adels, des Erbamts, der Treue, der Dankbarkeit, des schriftlichen Verkehrs (des Briefs), des Schmucks, der Sinne, der Panik (Vortragsthema auf einem Soziologenkongreß). Wenn wir dann weiter hören von „der Negativität kollektiver Verhaltungsweisen“, von der „psychologischen Schwellenerscheinung“ usw., so ist damit wohl genügend angedeutet, daß der soziologische Wissenschaftsbetrieb sich heute von keiner Disziplin an verfeinerter Spezialisierung übertreffen lassen will. Und wie weite Wege der analytischen Forschung wird der soziologische Forscher noch zum Beispiel auf dem Gebiet der Soziologie des Adels, der Sinne, der Beschämung, des soziologischen Gegensatzes zwischen Auge und Ohr (vgl. Simmel S. 650) gehen wollen und müssen! Da bieten doch Nationalökonomie, Jurisprudenz, Geschichte usw. weit mehr Synthese. Nirgends ist volle Synthese so schwer zu erreichen wie in der Soziologie.

Simmel bemüht sich in seiner „Soziologie“ (S. 7 ff.) ernstlich, für die Soziologie als eine besondere Wissenschaft ein besonderes Gebiet abzugrenzen; er empfindet die ganze Schwierigkeit der Sache; er glaubt es immerhin wagen zu dürfen. Becker gibt seiner Soziologie den weitesten Raum: auch, wie er ausdrücklich sagt, „die wissenschaftliche Politik und die Zeitgeschichte sollen dazu gehören[1].

[1] Wie überall, so stützt auch hier Becker seine Forderungen durch eine unrichtige Darstellung der vorhandenen Zustände. Er behauptet, daß „die „Histoire contemporaine“ überall gepflegt war; nur bei uns galt sie als unwissenschaftlicher Dilettantismus“ (S. 9). Unser Universitätsreferent scheint die Vorlesungskataloge der letzten Jahrzehnte seiner Lektüre nicht für würdig zu erachten. Sonst würde er wissen, daß Vorlesungen über die jüngste Zeit seit lange nichts seltenes sind. Und die Doktordissertationen über Themen aus der neuesten Geschichte! Ein Kollege von einer anderen Universität, ein Nationalökonom (der übrigens selbst, wie andere Nationalökonomen, seine Schüler über neue und neueste Zeit arbeiten läßt), klagte mir neulich, daß sein Kollege von der neueren Geschichte die Themen aus der neuesten Geschichte doch gar zu sehr bevorzuge! Wohin gelangen wir, wenn das, was sich als spontane Entwicklung eingestellt hat, nun noch durch ministeriellen Druck, vielleicht durch ministerielle Ukase, die die Beckerschen Gedanken verwerten, ungesund verstärkt wird! Dozenten, die nach den neuen Hoffmann-Hänisch-Beckerschen Grundsätzen in Professuren gebracht werden, überschlagen sich danach etwa im Eifer, die Wünsche des Herrn Ministers auszuführen! Es wäre (um Beckers Lieblingswörter zu gebrauchen) eine „Abkapselung“, ja ein „Verhängnis“, wenn fortan irgendwie das Studium der älteren Zeiten zurückgestellt werden sollte. Ein französischer Fachgenosse sprach mir vor dem Kriege seine lebhafte Zustimmung

Eine nähere Definition gibt er nicht von ihr; er läßt sie jedenfalls ihrem Wesen nach eine Mehrzahl von Disziplinen umfassen. Zieht er Politik und Zeitgeschichte „auch“ hinein, so kann er vor Philosophie, vor Rechtswissenschaft, Nationalökonomie, Ethnographie, Ethnologie, Geographie, Philologie, Kunstwissenschaft, Theologie, vor der älteren Geschichte nicht halt machen. Da haben wir also die Universalwissenschaft, die die Hoffmann-Hänisch-Beckerschen Professoren der Soziologie fortan „an allen Hochschulen“ vertreten sollen.

Eine solche Universalwissenschaft ist erstens nicht nötig, zweitens unmöglich. Nicht nötig, weil, wie wir gesehen, die mannigfachsten Einzelwissenschaften sich den soziologischen Problemen, das heißt den Fragen der menschlichen Gemeinschaftsbeziehungen, mit schönstem Erfolg seit lange gewidmet haben und weiter widmen. Da wir darüber uns vorhin ausführlich geäußert haben, können wir uns jetzt kurz fassen. Die Beziehungen zwischen dem Einzelnen und den Gemeinschaften, in denen er steht, sind aber nicht bloß von den verschiedenen Wissenschaften mit erfolgreichem Eifer durchforscht worden, sondern es sind auch durch gegenseitige Berührungen und den Ausbau der Grenzgebiete die nötigen Beziehungen unter ihnen aufrecht erhalten und verstärkt worden. Die Philosophie hat ferner (abgesehen davon, daß sie die soziologischen Erscheinungen innerhalb ihres eigenen Gebiets verfolgt) die wünschenswerte Überprüfung der Ergebnisse der andern Wissenschaften vorgenommen, sei es, daß man ihr in dieser Hinsicht die Stellung einer Zentralwissenschaft zuspricht, sei es, daß sie hier als speziell erkenntniskritische Instanz auftritt. Indem wir auf den Vorteil der damit gezogenen Verbindungsfäden hinweisen, stellen wir im übrigen fest, daß die soziologischen Probleme stets um so erfolgreicher erforscht worden sind, je gründlicher der betreffende Fachmann sein Handwerk verstand und ausübte. Oder glaubt man etwa, daß ein Philolog stark genug wäre, die wirtschaftlichen Gemeinschaftsbeziehungen erfolgreich zu erforschen, oder ein Nationalökonom, die Gemeinschaftsbeziehungen, die sich in der Sprache ausprägen? In der Sprache! Aber die Vielheit der Sprachen! Auch schon der Vertreter der allgemeinen Sprachwissenschaft begrenzt sich und führt den Titel „allgemein“ nur zum Schein. Halten wir uns hierbei gegenwärtig, wie sehr die sozio-

---

zu der deutschen Art aus, gleichmäßig die verschiedenen Zeiten im Studium zu berücksichtigen, und beklagte die französische Art, einseitig die Geschichte der französischen Revolution zu bevorzugen.

logischen Probleme gründlicher behandelt und verfeinert worden sind, gerade weil die einzelnen Wissenschaften je für sich sie mit vollem Ernst in Angriff genommen haben. Ein Musterbeispiel liefert die Jurisprudenz. Das gesamte Gebiet eines Forschers wie Gierke, ist ja im Grunde soziologische Forschung. Die spezielle Frage der Geschichte des Majoritätsprinzips, die er behandelt hat, ist eine eminent soziologische Frage. Den Unterschied der Auffassung, die die verschiedenen Völker von dem Verhältnis des Einzelnen zu seiner Gemeinschaft haben, zum Ausdruck zu bringen, ist ein Hauptziel von Gierkes Forschungen. Aber alle Untersuchungen über die Genossenschaften sind ja soziologische Untersuchungen, so auch auf dem Gebiete der Nationalökonomie die Untersuchungen über die Arten, die Entstehung, die Wirkungen der Kartelle. Wir brauchen in der Aufzählung von Musterbeispielen nicht weiter zu gehen. Die Vertiefung und Verfeinerung der Probleme ließ sich nur bei weitestgehender Arbeitsteilung durchführen. Oder will sich etwa ein Einzelner anheischig machen, sämtliche Finessen der verschiedenen Wissenschaften zu beherrschen? Hiermit ist auch das zweite gegeben: jene Universalwissenschaft ist unmöglich. Man denke sich die Hoffmann-Hänisch-Beckerschen Soziologen, die alle diese Wissenschaften beherrschen sollen, die dann natürlich alles und nichts verstehen, denen die Zuhörer weglaufen, weil sie über Zwirnsfäden stolpern und, günstigenfalls, aus den Lehrbüchern der verschiedenen Disziplinen sich das zusammensuchen, was der Zuhörer dort ganz ebenso findet. Und gar die literarischen Arbeiten solcher Soziologen: die Sammelsurien, die uns gelegentlich geboten wurden, konnten und durften bisher als nicht zur wissenschaftlichen Literatur gehörig bezeichnet werden; jetzt sollen sie als Grundlage für den Aufstieg zur Professur gelten. Wollte man aber einwenden, daß ja der Soziologe Fachmann in einer Wissenschaft sein könne, so wird ein solcher Fachmann erwidern: „Ich habe mit der Erforschung der soziologischen Probleme in meinem engeren Fach so viel zu tun, daß ich mich mit mehr Obliegenheiten nicht belasten kann.“ Der Nationalökonom kann nicht die soziologischen Probleme der Sprachwissenschaft mit erledigen, der Jurist nicht die der Kunstwissenschaft, ohne Beeinträchtigung seines eigenem Fachs; er würde sonst Schaden an seiner Seele und Ehre nehmen. Das aber wollen wir allen „allgemeinen“ Soziologen einschärfen, daß niemand ein „allgemeiner“ Soziologe sein kann, der sich nicht um die soziologischen Erscheinungen bemüht, die in dem feinen Geäder der Sprachen beschlossen sind.

Mit einigem Gerede über Frauenfrage, Sozialismus, Obrigkeits- und Volksstaat kommt man doch nicht aus. Mit dem Gesagten ergibt sich endlich, daß die Proklamierung der allgemeinen Soziologie drittens auch schädlich ist, um so schädlicher, als mit ihr der Dilettantismus jetzt direkt von Staats wegen empfohlen und großgezogen wird. Nur eine Art der Schädlichkeit will ich noch besonders hervorheben. Wir haben schon seit einiger Zeit über einen Einbruch der „soziologischen Auffassung" in die Fachwissenschaft zu klagen: der Nationalökonom, der Jurist, der Historiker usw. soll nur noch „soziologisch" denken. Soweit man darunter nichts weiter versteht, als eine objektive, weil allseitige, Berücksichtigung der Beziehungen des einzelnen Tatbestands, liegt darin ja eine ganz gute Mahnung. Aber es fragt sich doch immer, welche Beziehungen in dem betreffenden Fall für seine Beurteilung in Betracht kommen. Jetzt haben wir jedenfalls oft die Erscheinung, daß nationalökonomische, juristische, historische Definitionen durch die Hineinmengung „soziologischer Gesichtspunkte" unmöglich gemacht werden. Man verkennt, daß die spezifisch juristische Definition usw. für sich auch ihr gutes Recht hat. Natürlich wird die Verwirrung durch die ministerielle Protektion noch größer werden.

Man könnte sich versucht fühlen — wie tatsächlich mir ein norddeutscher Kollege von der Philologie seinen Eindruck dahin geschildert hat — anzunehmen, daß der Universitätsreferent im Ministerium „den Sprung in den Dilettantismus als das Heil ansieht" und daß „es nächstens als Vorwurf gelten wird ‚Fachmann' zu sein."

Ich will nicht das von Lamprecht in Leipzig gestiftete Institut, mit dem man das Experiment eines universalgeschichtlichen Betriebs durchführen wollte, übergehen[1]. Es beruht lediglich darauf, daß ein Mann so viel Geld zur Verfügung hatte, daß er Leute aus den verschiedensten Fachgebieten anstellen konnte. Indem dies Lamprecht möglich wurde, glaubte er den Beweis geliefert zu haben, daß ein universalgeschichtlicher Betrieb möglich, daß eine allgemeine Kulturgeschichte oder gar Kulturwissenschaft keine Utopie sei. Bewiesen hat er tatsächlich nichts. Denn erstens fungierte er nur als Unternehmer, der über *geteilte* Arbeit gebot. Zweitens hätte eine Fakultät als Leiter des Unternehmens die Sache weit besser gemacht, weil er eben nicht die gesamten Disziplinen beherrschte, nicht

[1] Zur Kritik siehe Vierteljahrsschrift für Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte, Bd. 15, S. 89.

beherrschen konnte. Den bisherigen Unterrichtsbetrieb und die Herrschaft der Fachleute halten wir auch den soziologischen Ansprüchen gegenüber aufrecht.

Die ernsten Soziologen, die übrigens sämtlich Vertreter einer alten Fachwissenschaft sind, lehnen, wie bemerkt, die Soziologie als Universalwissenschaft, als Sammelsurium ab. Sehen wir nun zu, ob sich die Konstruktion einer soziologischen Sonderwissenschaft durchführen läßt. Zwei Fragen ergeben sich hier. Läßt sich eine Wissenschaft von den Formen der Wechselwirkung des Einzelnen und der Gemeinschaft oder Vergesellschaftung so ablösen, daß sie als ein besonderes Wissenschaftsgebiet Lebensfähigkeit besitzt? Wir glauben diese erste Frage nicht eingehend zu beantworten zu brauchen, da die Beantwortung einer zweiten schon die Entscheidung gibt, nämlich der Frage, ob die Erforschung jener Formen von einem andern als einem besondern Fachmann in die Hand genommen werden kann. Und die Antwort hierauf haben wir auch schon gegeben. Wir können uns damit begnügen, einige Folgerungen aus unsern Darlegungen für den praktischen Unterrichtsbetrieb zu ziehen.

Denken wir uns einen Professor der Soziologie, der es mit seiner Aufgabe ernst nimmt. Er ist vom preußischen Kultusministerium in diese Stellung gebracht worden. Ist er auf einem besondern Gebiet Fachmann — sei es Jurist oder Nationalökonom oder Theologe oder Historiker usw. —, so wird ihn seine ernste Auffassung von seiner Aufgabe dahin führen, sich immer mehr in sein Fach zu vertiefen, gewiß auch das Auge über Nachbargebiete schweifen zu lassen, jedoch immer weiter in seinem eigenen Schacht zu arbeiten, da er sonst seine Kraft zersplittern und seine Arbeit nicht wahrhaft fördern würde. Die Pflichten jeder einzelnen Wissenschaft sind eben heute schon so unermeßlich, daß sie einen Mann ganz verlangen, daß sogar einer nicht einmal seine gesamte Disziplin beherrschen kann. Wenn jener Fachmann aber sieht, daß er über die wesentliche Beschränkung auf sein Fach doch nicht hinauskommen kann, so wird er eben sein Fach vertreten und wird dabei größere Befriedigung gewinnen als bei dem Versuch, als allgemeiner Soziologe zu erscheinen. Schließlich ist ja doch alles, was er erforscht und in Vorlesungen behandelt, mehr oder weniger Soziologie, das heißt ein Komplex von menschlichen Gemeinschaftsfragen, aus seinem Fachgebiet. Und nun die soziologischen Vorlesungen! Schwerlich läßt sich ohne Mißbrauch der Sache mehr als ein Privatkolleg über Soziologie herauskonstruieren. Ein solches

könnte ein Fachmann, zum Beispiel ein Jurist oder Nationalökonom oder Historiker, halten, indem er die soziologischen Beobachtungen aus seinem Gebiet zusammenfaßt und sie noch durch seine Lesefrüchte aus der Literatur anderer Fächer etwas zu bereichern sucht. Was aber soll der Professor der Soziologie in den andern Semestern lesen? Füllt er mit dem Kolleg über Soziologie zwei oder gar drei Semester, so wird er als Dozent höchst speziell werden und am wenigsten den Zweck erfüllen, den ihm Becker stellt, nämlich den der enzyklopädischen Belehrung. Setzen wir sodann den Fall, daß das Ministerium einen Nichtfachmann zum soziologischen Professor ernennt, so wird er, falls er ehrlich ist, bald von einem solchen Ekel über die Notwendigkeit, seinen Zuhörern unreifes Zeug vorzuschwadronieren, erfüllt werden, daß er seine Professur aufgibt. Auf keinem Gebiet Fachmann zu sein, das ist heute für den, der Wissenschaftler sein soll, das fürchterlichste.

Eine Sonderstellung nimmt bis zu einem gewissen Grade der Philosoph ein. Wie die Philosophie im allgemeinen noch immer in dem einen oder anderen Sinn als Zentralwissenschaft gilt, so übt sie, wie bemerkt, insbesondere das Recht der begrifflichen Überprüfung der Resultate der Sonderwissenschaften und der erkenntnistheoretischen Grundlegung für diese. Es soll etwa eine methodische Grundlage für die neue Disziplin gewonnen werden. Von hier aus oder auf Grund des Umstands, daß der Philosoph danach strebt ein Weltbild zu gewinnen, oder weil sein psychologisches Interesse ihn dahin führt, mag man ihm eine weitergreifende Berechtigung zusprechen, obwohl ich mir seine Funktion gegenüber der Soziologie nicht anders vorzustellen vermag als in der Art, daß er gelegentlich als Gesellschaftsphilosoph auftritt, wie er als Geschichts-, als Rechtsphilosoph sich betätigt, und obwohl sich bei der Zergliederung des Begriffs Gesellschaft und Gemeinschaft sofort zeigt, daß hier eine große Vielzahl von Einzelwissenschaften mitzuwirken hat. Hauptsächlich zieht wohl den Philosophen zur Soziologie (ich sage: zu den soziologischen Fragen) die Verknotung mit der Psychologie. Ein Kollege von der Philosophie meinte mir gegenüber, daß der Stoff der Soziologie diese mehr zur Nationalökonomie als zur Philosophie hinweise, welcher Einwand jedoch dahin erweitert werden muß, daß ihr Stoff neben der Nationalökonomie eben noch viele Einzelwissenschaften beansprucht. Wie der Forscher der verschiedenen Disziplinen der Geistes- oder Kulturwissenschaften, wo immer er den Spaten einsetzen mag, überall zu-

gleich für die Klärung soziologischer Fragen arbeitet, so verlangt die soziologische Erkenntnis die gemeinsame Forschung aller dieser Disziplinen. Die Gemeinschaftsbeziehungen des Menschen gehören nicht einem einzelnen Gebiet, etwa dem der wirtschaftlichen Verhältnisse, vorzugsweise an. Mag man aber für die Philosophie, von den angedeuteten Gesichtspunkten aus, ein näheres Verhältnis zur Soziologie annehmen, so sind jedenfalls zwei Dinge hier zu merken. Erstens wird auch bei dem Philosophen der Erfolg seiner soziologischen Bemühungen von seiner fachmäßigen Tüchtigkeit abhängen: je gründlicher der Philosoph, desto gründlicher der Soziolog. Zweitens wird der Philosoph, der als Soziolog angestellt ist, immer den Trieb haben, in Forschung und Lehrtätigkeit sich nicht auf soziologische Fragen im engeren Sinn zu beschränken, sondern Philosphie überhaupt zu treiben.

Im laufenden Jahrgang des „Hochland" S. 512 ff. bringt Th. Brauer gegen meine Auffassung einen Satz des Philosophen Külpe vor, welcher unter den Einzelwissenschaften, die innerhalb der Philosophie für einen selbständigen Betrieb heranreifen, neben der Psychologie, der Ethik und der Ästhetik auch die Soziologie hervorhebt und weiter bemerkt: „am meisten vorbereitet ist diese Teilung bei der Psychologie, demnächst vielleicht bei der Soziologie". Mir sind diese Äußerungen für meine Auffassung höchst willkommen! Zunächst konstatiert Külpe, was auch ich aufs schärfste betone, daß die Soziologie nur als Einzelwissenschaft in Betracht kommen kann, also nicht als Universalwissenschaft, wie zum Beispiel Becker wünscht. Sodann faßt Külpe sie als eine einzelne Ausstrahlung der Philosophie auf, setzt sie in Parallele mit der Psychologie, Ethik und Ästhetik. Das ist mir nicht minder willkommen. Wird man denn wünschen, daß eine Professur für Psychologie oder Ethik jemand verliehen wird, der nicht die allergründlichste allgemeine philosophische Bildung sich erworben hat? Wird jemand, der nicht entweder Philosoph oder Kunsthistoriker von Fach ist, für würdig erachtet werden, eine Professur für Ästhetik zu bekleiden? Und worüber wird der Psycholog, der nichts als Psycholog ist, lesen? Nur über Psychologie? Die Frage ist schon einmal akut geworden, und die Fachleute verweigern die Antwort auf sie. Also ganz wie bei der Soziologie. Entweder muß der Psycholog gründlicher allgemeiner Philosoph sein, oder, wenn man seine Professur etwa ganz naturwissenschaftlich konstruieren will, gründlicher allgemeiner Physiolog. Sonst schwebt er

in der Luft; sonst ist er Dilettant, Kurpfuscher. Mit derselben Entrüstung aber, mit der die ernste Wissenschaft die Psychologen, die sich nicht auf eine solide alte Fachwissenschaft stützen können, ablehnt, muß sie es auch verurteilen, wenn jemand eine Professur für Soziologie beansprucht, ohne gründlichste allgemeine philosophische Fachbildung oder etwa gründlichste allgemeine nationalökonomische Fachbildung erworben zu haben. Ganz so würde heute Külpe die Streitfrage beurteilen. Von ihm unterscheide ich mich nur insofern, als ich besondere soziologische Professuren für schlechthin überflüssig halte, weil eben doch der Soziolog stets Vertreter einer der bisherigen Fachwissenschaften sein muß, sonst den realen Boden unter den Füßen verliert. Übrigens spricht selbst Külpe auch nur von der Möglichkeit („demnächst vielleicht"), daß sich die Soziologie als philosophische Sonderwissenschaft abteilen könnte. Und schließlich braucht der, der die Existenz einer Sonderwissenschaft in irgendeinem Sinn behauptet, deshalb noch nicht die Forderung der Schaffung besonderer Professuren füe eine solche aufzustellen. Die gar zu weitgehende Aufteilung der einzelnen Abschnitte der verschiedenen Disziplinen auf besondere Professuren würde dem von Becker aufgestellten Zweck der Synthese, zumal für die Vorlesungen, jedenfalls entgegenwirken.

Th. Brauer gibt seinen Darlegungen eine ganz greifbare Nutzanwendung, indem er für Max Scheler eine soziologische Professur fordert. „Warum sollte ein Mann wie Max Scheler . . . . nicht die Gewähr bieten für eine fruchtbringende soziologische Lehrtätigkeit?" Selbstverständlich habe ich nichts gegen Scheler als Soziologen. Er würde aber meines Erachtens eine besondere soziologische Professur nicht nötig haben. Denn wenn ihm eine Fakultät eine philosophische Professur einräumt — er ist ja Fachphilosoph —, wird ihm eine „fruchtbringende soziologische Lehrtätigkeit" durchaus unbenommen sein. Wer der Meinung ist, daß Scheler eine besondere soziologische Professur nötig hat, um eine soziologische Lehrtätigkeit zu entfalten, setzt seine Bedeutung als Philosoph herab. Es handelt sich hier wiederum um ein Schulbeispiel für die Zwecklosigkeit der Forderung soziologischer Professuren.

Vielleicht kommt einmal die Zeit, in der mit stets fortschreitender Arbeitsteilung die Philosophie sich so sehr spezialisiert, daß sie unter anderem einen besonderen Schößling der Soziologie treibt. Vielleicht kommt einmal die Zeit, daß Soziologie Teil I, II, III in drei Semestern oder gar in sechs vorgetragen wird. Ein solcher Zustand

wäre aber eben gar nicht nach Beckers Sinn; denn der enzyklopädischen Belehrung würde er vollends den Garaus machen.

Lehrreich ist die Art von Simmels „Soziologie", des ernstesten Versuchs eines soziologischen Systems. Von dem ernsten Philosophen erhält man auch ernste soziologische Betrachtungen; man merkt überall den tüchtigen philosophischen Fachmann. Simmel hat sich ferner in der anderweitigen Literatur fleißig umgesehen, vermöge der Pflicht der logischen Überprüfung, die ihm als Philosophen obliegt, und noch etwas darüber hinaus. Jeder andere Fachmann, der Historiker, der Jurist, der Nationalökonom usw. wird freilich das geschichtliche, das juristische, das nationalökonomische Material, das Simmel verwertet, noch vermehren, ihn auch noch berichtigen können. Simmel hätte seine „Philosophie des Geldes" wohl auch Soziologie des Geldes nennen können; aber treffender ist zweifellos die von ihm gewählte Bezeichnung: er behandelt eben als philosophischer Fachmann die Sache. Er kennt seine Grenzen.

Die Hörer des von Becker gewünschten soziologischen Kollegs würden von Simmels „Soziologie" abgeschreckt werden: in die Histoire contemporaine werden sie darin nicht eingeweiht, während sie mit einer Fülle von technischen Fachausdrücken und mit der diffizilen Darlegung soziologischer Einzelfragen überschüttet werden. In dieser Hinsicht weist Simmels „Soziologie" vielleicht auf den vorhin angedeuteten Zukunftsweg. Will Becker die Soziologie Simmelscher Art fördern, so würde er die wissenschaftliche Arbeitsteilung fördern, was er tatsächlich nicht tun will.

Ich habe die denkbaren Möglichkeiten soziologischer Professuren besprochen. Das wirkliche Leben geht aber oft über das, was uns zunächst denkbar erscheint, noch hinaus, und so muß ich denn hier feststellen, daß die Erfahrung mich über noch andere Fälle, die vorauszusetzen uns von Haus aus nicht naheliegt, belehrt hat. Ja ich muß sogar bekennen, daß dies die bisher mir allein bekanntgewordenen Fälle soziologischer Professuren sind. Ich erstatte den Bericht. A will ein Ordinariat haben, aber nicht eins für ein vorhandenes Fach. Er erhält eine soziologische Professur. Sie ist ihm in der Tat willkommen. Er wünscht nicht große Vorlesungen zu lesen; seine Neigung ist, wenig zu lesen, vielleicht einmal ein größeres oder kleineres Kolleg oder auch gar keins. Mit der soziologischen Professur ist dies liebenswürdige System gut vereinbar. Soziologie ist ja alles und nichts Spezielles. Man kann als Soziologe über alles lesen, braucht aber über nichts Spezielles zu lesen. Für die Ausbildung der Studenten

sind soziologische Vorlesungen überflüssig; denn die Soziologie durchzieht ja alle ihre Fachvorlesungen. Wollen sie etwas Zusammenfassendes, so hören sie bei einem guten Philosophen oder Historiker oder bei irgendeinem anderen guten Fachmann. H. v. Sybel erzählt, wie großartig ihm das Gebiet der Kulturgeschichte in der Pandektenvorlesung von Savigny aufgegangen sei. Ich weiß den Studenten auch heute Juristen zu nennen, bei denen sie Kulturgeschichte und Soziologie in Hülle und Fülle in einem Fachkolleg lernen können. Der Fall B: B will eine bestimmte Fachprofessur haben. Die Fachleute erachten ihn aber dessen nicht für würdig, drücken indessen ein Auge zu, als die Regierung erklärt, er solle „nur eine Professur für Soziologie" haben. Nachdem er diese erlangt hat, kündigt er souverän die großen Vorlesungen aus dem Fach an, für das er ein Ordinariat haben wollte. Warum auch nicht? Wenngleich die Soziologie zwar nichts Spezielles ist, so ist sie doch anderseits alles, und der Soziolog kann eben alles.

Mein verstorbener Kollege und Freund Alfred Dove hat die Soziologie „Wortmaskenverleihinstitut" genannt[1]. In soziologischen Schriften ist in der Tat oft ein Spiel mit Worten getrieben worden, so daß dieser Spott nicht als ganz unberechtigt erscheint. Unter anderm haben sich da, wo Vergleiche zwischen den menschlichen Gemeinschaften und natürlichen Organismen gezogen wurden, oft Worte eingestellt, denen nicht immer ein gleich hoher Sinn entsprach. Niemand wird Schäffles „Bau und Leben des sozialen Körpers" von dem Vorwurf freisprechen, einen großen Luxus in wenig besagenden Vergleichen entfaltet zu haben. Sein Buch ist ein Denkmal unfruchtbarer soziologischer Literatur. Er schalt auf die durchaus berechtigte Kritik und mußte sie doch hinterher anerkennen. Simmel möchte ich vor jenem Spott verteidigen, obwohl ja zuzugeben ist, daß er die Kunst, die Dinge mit wenigen und schlichten Worten zu schildern, nicht gerade virtuos übt. Im allgemeinen bleibt wohl auf der angeblichen besonderen Wissenschaft der Soziologie der Vorwurf haften, daß sie als Ganzes und in dem Einzelnen, was sie bisher geboten hat, sehr anspruchsvoll auftritt und sich und anderen nicht sagt, daß das, was sie zu tun sich anheischig macht, längst von anderen getan wird, daß man die eingehendsten Belehrungen über soziologische

[1] Ich habe seine Äußerung in meiner oben S. 14 A. 1 erwähnten Schrift (S. 102) angeführt. Zur Kritik der Soziologie daselbst Weiteres. Siehe ferner Vierteljahrsschrift f. Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte 1907, S. 487; Februarheft der Zeitschrift „Hochland", Jahrg. 1919, S. 550 ff.

Erscheinungen in Schriften findet, die sich nicht mit dem hohen Titel der Soziologie verbrämen. In diesem Sinn ist das Wort Soziologie selbst eine Wortmaske[1].

Neben dem, was so die unter der Firma der Soziologie segelnde Literatur an nutzlosen Wortspielen und Wortgefechten zum besten gibt, stehen die materialistischen, naturalistischen, positivistischen Darbietungen soziologischen Inhalts, wobei, um das Bild vollständig zu zeichnen, vermerkt sei, daß in der soziologisch titulierten Literatur sich wohl mehr als anderswo hinter abstrakten Erörterungen und dialektischen Kunststücken und angeblich der Erfahrung abgelauschten positivistischen Formeln sehr greifbare Parteiabsichten verstecken. Wenn nun auf ministerielle Anordnung Professoren auf die Soziologie vereidigt werden sollen, so wird, wie wir schon bemerkten, im Zusammenhang mit den allgemeinen politischen Wünschen des jetzigen Ministeriums (s. oben S. 9) ein Druck zugunsten dieser unwissenschaftlich-politischen Richtung ausgeübt. Nicht die Politik als Wissenschaft (die Becker in unserem bisherigen wissenschaftlichen Betrieb vermißt), sondern die politische Afterwissenschaft oder pseudowissenschaftliche Politik wird gefördert. Wir können jedoch von der politischen Seite der Sache auch ganz absehen. Die soziologisch titulierte Literatur gehört, rein wissenschaftlich betrachtet, zum großen Teil in eine abgelegene Zimmerecke. Und wenn wir gern zugeben, daß sie anderseits auch ernste Arbeiten aufweist, so nimmt dieser bessere Teil jedenfalls nur ein kleines Plätzchen innerhalb der gewaltigen und fruchtbaren Literatur im allgemeinen ein, die die menschlichen Gemeinschaftsbeziehungen erforscht hat und erforscht. Es ist unbestreitbar, daß deren Erforschung eine gemeinsame Angelegenheit der mannigfaltigsten Einzelwissenschaften bleiben wird und muß.

So kann denn unser Urteil nur dahin lauten, daß die vom Ministerium deklarierten „soziologischen Professuren an allen Hochschulen" zwar wohl brauchbar sein mögen, wenn sie einem bestimmten politischen Parteizweck dienen sollen (sofern sie nicht die Partei bloßstellen!), daß sie jedoch vom wissenschaftlichen Standpunkt aus nicht bloß für zwecklos anzusehen sind, sondern daß mit ihnen sogar die Gefahr einer schädlichen Wirkung verbunden ist. Die Absicht der Bestiftung aller Hochschulen mit soziologischen Professuren stellt sich

[1] Spiethoff, in Schmollers Jahrbuch 1918, S. 14, spricht davon, daß „die Soziologie oft in Gefahr war und noch ist, eine unfaßbare Molluske zu werden." E. Jung, Das Problem des natürlichen Rechts, S. 177: „das etwas nebelhafte Modewort ‚soziologisch'."

uns als eine Äußerung der bei den jetzt herrschenden politischen Kreisen vorhandenen Neigung für unproduktive Anlagen dar. Die unschädlichste Art der soziologischen Professur, die Sinekure für ältere verdiente Gelehrte, wäre immer noch eine unzweckmäßige Verwirklichung der betreffenden Idee. Neue Professuren sind an sich durchaus erwünscht: es würde nicht schwer sein, dem Ministerium sehr geeignete Kräfte für neue Professuren in stattlicher Zahl zu benennen. Dadurch aber, daß es den — milde ausgedrückt — Luxus der soziologischen Professuren treibt, vernachlässigt es tüchtige Kräfte und wichtige Fächer und hindert so selbst die Erfüllung der Aufgabe, die es sich stellt, die Förderung der Synthese.

Unser Protest darf sich indessen nicht auf die Ablehnung der „Professuren für Soziologie" beschränken. Nicht weniger gilt er der ganzen Art[1], mit der die Forderung der soziologischen Professuren begründet wird, der falschen Beurteilung des bisherigen Wissenschaftsbetriebs, der Entstellung in der Schilderung der Kräfte und Richtungen, die bisher an den deutschen Universitäten lebendig gewesen sind, den verderblichen Grundsätzen, die das jetzige Ministerium in der Universitätsverwaltung zur Anwendung zu bringen die Absicht zu haben scheint[2]. Wenn Becker den deutschen Wissenschaftsbetrieb tadeln will, so lehnen wir uns gegen Tadel nicht auf; echte Kritik lieben wir. Allein unsere Pflicht ist es, die Grundsätze, von denen aus Becker seinen Tadel ausspricht und seine entstellende Schilderung entwirft, zurückzuweisen. Sie stehen zu dem in Widerspruch, was die deutschen Universitäten groß gemacht hat.

Vor ein paar Tagen erhielt ich von dem Göttinger Nationalökonomen Gustav Cohn eine Rezension aus den Göttingischen Gelehrten Anzeigen (Nr. 5 und 6, S. 230 ff.), in der er dem Verhältnis der Vertreter der Wissenschaft zur Staatsregierung einige Worte widmet. Er wirft dabei einen Rückblick auf einen Vergleich, den er vor Jahren zwischen der preußischen Universitätsverwaltung

---

[1] Im Anhang teilt Becker (S. 66 ff.) einen Erlaß des Ministers über die Hochschulreform mit, der auch nicht gerade einen günstigen Eindruck macht. Wenn von den Reformwünschen gesprochen wird, die von „den beteiligten Hochschulen selber" an die Ministerien gelangt seien, so lächelt man doch dazu. Der künftige Historiker des jetzigen Ministeriums wird ja aber dazu das Nötige sagen.

[2] Wir wollen hoffen, daß die Praxis des Ministeriums besser sein wird als seine Grundsätze, daß es zu sehr unter dem Einfluß der guten alten Tradition steht, als daß es sich ganz von den neumodischen Grundsätzen beherrschen läßt. Aber in helleres Licht setzen muß man diese absonderlichen Grundsätze.

einerseits und der schweizerischen und amerikanischen anderseits gezogen hatte. Damals hatte er hervorgehoben, wie viel freier die Universitätsverwaltung der preußischen Monarchie war, wie dagegen die Demokratie in der Schweiz und Amerika die Freiheit der Wissenschaft zu bedrohen begann. Was er jetzt dazu weiter sagt, das bildet einen geeigneten Abschluß für unsere Darlegungen. „In diesem Augenblick, wo die Wetterfahnen sehr verlegen sind und nicht wissen, wohin sich bewegen — in diesem Augenblick möchte ich das alte Wort, das ich einst in Zürich niederschrieb und in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft drucken ließ[1], mit verstärkter Überzeugung wiederholen: nec voltus instantis tyranni nec civium ardor prava iubentium ... Damals war es die kleine Demokratie; heute ist es die große Demokratie im allergrößten Format."

---

[1] Vgl. G. Cohns „Universitätsfragen und Erinnerungen" (Stuttgart 1918).

Piererſche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.



